Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat September 2,90 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Mittwoch, den 17. September 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 167**

Ueber 150000 Streikende in Oesterreich

Metallarbeiterstreik auf die Provinz ausgedehnt. — Auch die Elektrizitätsarbeiter im Ausstand. — Lenken die Unternehmer ein?

(Eig. Drahtm.) Wien, 16. September.

Aus Steyr wird uns berichtet: Gestern fand eine Vollversammlung der Arbeiter der Waffenfabrik Steyr statt. Unter großer Begeisterung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, heute um ¼ nach 10 Uhr in den Streik zu treten. Die Arbeit ruht vollständig.

Aus Graz wird uns berichtet: Seit heute stehen sämtliche Großbetriebe der Metallindustrie im Streik und der Ausstand der vielen Tausende Metallarbeiter ist hier vollständig durchgeführt. Unter der Arbeiterschaft herrscht entschlossene Kampfstimmung und der feste Wille, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

(Eig. Drahtm.) Linz, 16. September.

Heute trat in den metallverarbeitenden Betrieben Oberösterreichs die Arbeiterschaft — über 3000 Arbeiter — in den Streik. Wie das „Tagblatt" meldet, ruht in Linz in 20 Betrieben die Arbeit.

•

Den über den österreichischen Metallarbeiter-Generalstreik vorliegenden bürgerlichen Meldungen merkt man es deutlich an, daß sie bestrebt sind, die Bedeutung des Kampfes nach Möglichkeit herabsetzen und die eingetretene Verschärfung der Gesamtsituation durch stilistische Gymnastik zu verhüllen. Aber auch diese offensichtlich gefärbten und frisierten Meldungen müssen zugeben, daß der Vierzigerausschuß der Metallarbeiter, der am Sonntag tagte, den Beschluß gefaßt hat, den Streik auch auf die Betriebe in der Provinz, angeblich nur auf diejenigen in Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg, auszudehnen. Dadurch erhöht sich die Zahl der Streikenden — nach bürgerlichen Angaben — auf 150 000! Aus der Sonntagsnummer der Wiener „Roten Fahne" ist zu erkennen, daß die Amsterdamer Sozialisten sich mit Händen und Füßen gegen eine Ausdehnung des Kampfes auf die Provinz sträubten. Wenn nun die bürgerliche Meldung zutrifft, und die Ausdehnung schon erfolgt ist, so ist das ein neuer Beweis der revolutionären Kampfstimmung, die in den breiten Massen der Metallarbeiter herrscht, und die die Amsterdamer Kompromißapostel einfach zwingt, auch gegen ihren Willen das Kampffeld auszudehnen und den Kampf zu verschärfen.

Wie bekannt, haben die Unternehmer sich bisher geweigert, in der Lohnfrage Konzessionen zu machen — es sei denn auf Kosten der Gemeinde und des Staates, die die den Arbeitern zu gewährenden Lohnerhöhungen in der Form von Steuernachlässen an die Unternehmer zu tragen hätten. Offenbar infolge der drohenden Stimmung des Proletariats haben die Herrschaften nun Sonntag folgenden Beschluß gefaßt: „Auf Grund der Unterredung der Industriellenvertreter mit der Regierung und den politischen Parteien sind die Vertreter der Unternehmer von ihrem bisherigen Standpunkt abgegangen, daß derzeit jede Verhandlung über eine Lohnerhöhung ausgeschlossen ist. Sie erklärten sich daher bereit, in Lohnverhandlungen einzutreten, die raschest zu Ende geführt werden sollen . . ." Es ist klar, daß die Unternehmer nicht ihre Gesinnung, sondern lediglich ihre Taktik geändert haben. Die Arbeiter sollen durch irgendein Konzessiönchen irregeführt werden, worauf dann die Amsterdamer Führer den Kampf durch irgendein „Kompromiß, das beide Parteien befriedigt", abwürgen sollen. Es wird in erster Reihe Aufgabe unserer Partei und der kommunistischen Metallarbeiter sein, gegen den geplanten Kuhhandel energisch aufzutreten, die Arbeiter zu warnen und darauf zu achten, daß der Kampf erst beendet werden soll, wenn die Forderungen der Arbeiter voll und ganz erfüllt werden.

Das Hauptaugenmerk scheinen die reformistische Streikleitung und die austromarxistische Partei darauf zu richten, daß der von den Arbeitern stürmisch verlangte **Solidaritätsstreik der Wiener Elektrizitätswerke** verhindert werde. Sie wissen, daß dies die beste Waffe wäre, um den Sieg der Arbeiter rasch und vollständig zu sichern. Eben deshalb tun sie auch alles, um einen solchen Streik zu verhindern, ebenso wie sie es verhindert haben, daß die Lehrlinge, die sich dem Kampfe anschließen wollten, wirklich in den Streik treten. **Die Stimmung der Streikenden ist eine ausgezeichnete und die zögernde Haltung der Amsterdamer Führer wird entschieden verurteilt.** Die Arbeiter werden es aber nicht bei der Kritik bewenden lassen dürfen. Sie werden die Amsterdamer Herren von der Führung entheben und sich eine revolutionäre, kampfentschlossene Führung wählen müssen, wenn sie ihre Forderungen voll durchsetzen und sich nicht wieder mit einem jämmerlichen Kompromiß, das eine verhüllte Niederlage darstellen würde, begnügen wollen.

Während wir diese Zeilen noch schreiben, trifft folgende WTB.-Meldung aus Wien ein:

Die Lohnverhandlungen zur Beilegung des Streiks in der Metallindustrie wurden heute fortgesetzt. Zwischen 7 und 8 Uhr abends traten die Arbeiter der Wiener Elektrizitätswerke in den Sympathiestreik ein, so daß in einem Teil der inneren Stadt die elektrische Beleuchtung erlosch.

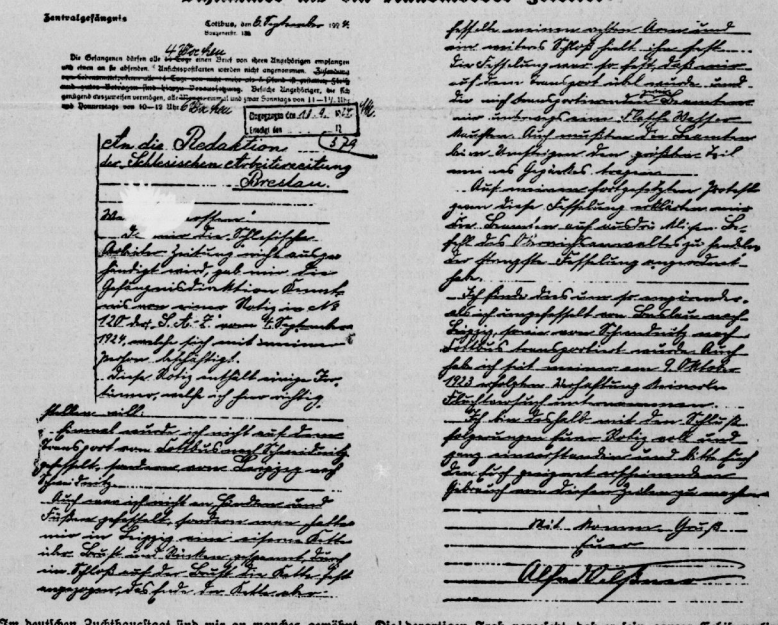
Durch die Ausdehnung des Streiks auf die Elektrizitätsarbeiter nimmt der österreichische Generalstreik eine entscheidende Wendung an. Jetzt werden auch die letzten Kleinbetriebe gezwungen sein, die Arbeit einzustellen. Ein wie schwerer Schlag der große Ausstand für die Unternehmer ist, beweist die Tatsache, daß die Vollversammlung des Hauptverbandes der Industrie das Verhandlungskomitee ermächtigte, mit den Arbeitern Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne vorzunehmen, welche jedoch nicht die von den Arbeitern verlangten Ausmaße erreichen sollen. In Massenversammlungen und zahlreichen Resolutionen erklären die Arbeiter unzweideutig, daß sie nicht daran denken, den Streik aufzugeben, bevor nicht die angesichts der großen Teuerung nur zu berechtigte Forderung nach ausreichender Lohnerhöhung bewilligt ist.

Ungarn erkennt die Räteregierung an!

Wie die Berliner Vertretung der russischen Telegraphen-Agentur mitteilt, ist zwischen dem Delegierten der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Deutschland, Botschafter Krestinski, einerseits und den Delegierten Ungarns, Minister von Kanya und Legationsrat Jungerth, andererseits ein Abkommen über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen abgeschlossen worden. Das Abkommen soll durch beide Regierungen bestätigt werden.

Die Rachejustiz martert Alfred Oelßner!

Schlimmer als ein Raubmörder geleitet!



Im deutschen Zuchthausstaat sind wir an manches gewöhnt. Die edelsten Führer des deutschen Proletariats, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Levinè und Zehntausende von Revolutionären wurden vom bürgerlichen und sozialdemokratischen Mob gelynscht, gefoltert, standrechtlich erschossen. 7000 politische Gefangene sitzen hinter Kerkermauern, begraben, um, solange ein demokratisches Deutschland besteht, niemehr das Licht der Freiheit zu erblicken. Sie werden schikaniert, mißhandelt, aller Rechte beraubt, die man selbst den gemeinsten Zuchthäuslern gewährt.

Aber das, was sich die deutsche Justiz gegen unseren alten treuen Genossen Oelßner herausnahm, übersteigt alle bisherigen Schandtaten. Zaren-Rußland, Horthy-Ungarn werden in den Schatten gestellt.

Oelßner, ein schwächlicher, zarter Mann, dessen lauterste Gesinnung kein Staatsanwalt anzutasten wagt, der schwer leidend ist und durch die Gefängnisstrafe noch leidender wurde, wird ärger als der schlimmste Raubmörder über Hand, Brust und Rücken mit Eisen gefesselt.

Eine Fesselmethode, die seit Jahren nicht mehr angewandt wird, wagt man bei einem Kommunisten zu gebrauchen. Das Mittelalter der Inquisition bricht in unser kulturtriefendes zwanzigstes Jahrhundert herein.

Ein zweiundvierzigfacher Lustmörder und Menschenfresser Haarmann wird fünf Jahre lang als Kriminalbeamter verwandt, wird gegen den Willen der Behörden verhaftet, bekommt im Gefängnis alle Annehmlichkeiten, dicke Zigarren, Pakete usw.

Ein kommunistischer Parteisekretär, aufopfernder, langjähriger Arbeiterführer, Reichstagskandidat, der Zehntausende von Arbeiterstimmen auf sich vereinigte, Genosse Oelßner, wird von Land zu Land gehetzt, schließlich verhaftet, bekommt im Gefängnis einen derartigen Fraß vorgesetzt, daß er sein ganzes Gebiß verliert und magerkrank wird und wird jetzt, bei einem Transport, derart gefesselt, wie seit Jahren der gemeinste Verbrecher nicht gefesselt wurde.

Die schimmsten Raubmörder Deutschlands, die Dutzende von Ausbruchsversuchen mit Erfolg unternommen haben — sie erhielten keine Fesseln. Unser Genosse Oelßner hingegen, der seit seiner Verhaftung noch nicht einen einzigen Fluchtversuch unternommen hat, wird derart gefesselt, daß er fast das Bewußtsein verliert.

Mit welchem Recht wagt es der Oberreichsanwalt, eine derartige Anordnung zu treffen?

Selbst das bürgerliche Gesetzbuch, selbst der bürgerliche Justizminister Am Zehnhoff verlangt Vergünstigungen für politische Gefangene. Der Oberreichsanwalt gewährt die Vergünstigungen — mit Eisenkette und Eisenschloß.

Diese Schmach darf sich die Arbeiterschaft Deutschlands nicht bieten lassen.

Wir fordern:

Heraus zum Protest!

Heraus mit allen revolutionären Kämpfern!

Protesttelegramm

Reichsregierung Berlin.

Bezirksleitung KPD. Schlesien protestiert gegen Brust-Rückenfesselung Oelßners, verlangt Disziplinarverfahren gegen Oberreichsanwalt.

Hamann, M. d. R.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0001

„Volksblättchen" in Nöten!

* Halle, 17. September.

Blättchen, das hiesige sozialdemokratische Winkelorgan ist in Nöten. Da hat es nun, getreu den Berliner Schwindelparolen, immer in großen Tönen vom kommunistischen Zusammenbruch und vom Riesenerfolg der neuen Schwarz-Rot-Senf-Faksisten geschwafelt — und jetzt kommen auf einmal Meldungen, die auch den gerissensten Parteischieber in Verlegenheit bringen würden. Bei den Geistesriesen in der Redaktion des Blättchens wirken sie einfach katastrophal.

Was da aus Oberschlesien gemeldet wird, hat den Blättchenmann mitsamt seinem Kaffstühlchen umgeworfen. 21 sozialdemokratische Ortsgruppen zu den Kommunisten übergetreten? Das ist doch unmöglich! Und prompt setzt nach der ersten Meldung des „Klassenkampf" das sozialdemokratische Grammophon vom Harz ein: Schwindel! Schwindel! Aber, o weh, der „Klassenkampf" ist verdammt gut informiert, er bringt einen Bericht über den Parteitag, nennt Namen von Ortsgruppen, bringt die Rede des führenden bisherigen Sozialdemokraten Oberschlesiens, die für jeden SPD.-Bonzen wie ein Faustschlag auf den Schädel wirken muß.

Dem Blättchen bleibt der Schreck in der Kehle sitzen. Es magt schon nicht mehr alles zu leugnen. Verlegen stammelt es, nur einige „Querulanten", an denen in Oberschlesien kein Mangel ist", seien zur KPD. abgeschwenkt. Na, also, wertes Blättchen, das lautet ja schon anders wie noch vor einigen Tagen, als alles erschwindelt sein sollte. Aber warum nur die halbe Wahrheit? Das erinnert doch zu sehr an die Jungfrau, die endlich zugibt, sie habe zwar ein Kind, aber es sei nur ein ganz kleines.

Doch im Ernst: in seiner Montag-Nummer bequemt sich Blättchen endlich, unsere Meldungen über Oberschlesien als wahr anzuerkennen. Es gibt zu, daß der bisherige oberschlesische SPD.-Führer Zieja mit einer Reihe sozialdemokratischer Funktionäre zur KPD. übergetreten sei. Wir können Blättchen verraten, daß mehr als ein Dutzend sozialdemokratische Stadtverordnete den Weg dieser „Querulanten" gegangen sind. Aber Blättchen scheut nicht davor zurück, die oberschlesischen sozialdemokratischen Arbeiter wegen dieses Beschlusses in gemeinster Weise zu beschimpfen. Es schreibt:

„Der oberschlesische Grubenarbeiter ist heute Zentrumsmann, morgen Sozialdemokrat, übermorgen Kommunist, um am nächsten Tage im völkischen Lager zu landen."

So werden Arbeiter der Charakterlosigkeit beschimpft, die sich nach schweren politischen Enttäuschungen, unter dem Druck der wirtschaftlichen Not und durch die Erfahrungen der letzten Jahre zu einer revolutionären Einstellung durchgerungen haben! Gestern waren sie den Bonzen als Stimmvieh und zahlendes Material noch gut genug. Heute sollen sie Gesinnungslumpen sein. Und dieser Vorwurf kommt aus dem Munde von jenen Burschen, die längst alles vergessen haben, was sie vor Jahren den Arbeitern vorgaukelten und die heute abwechselnd der Stinnes-Clique, den Großagrariern und morgen den Morgan-Räubern den Stiefel lecken. Aber hinter diesem Gekeife verbirgt sich doch nur die Wut der Bonzen, die darüber enttäuscht sind, daß ihre Proleten einmal eigene Gedanken über die politische Lage und die Aufgaben des Proletariats gehabt haben.

Wir raten dem Blättchen an, nach seinem Hereinfall in dieser oberschlesischen Sache in Zukunft das Maul nicht mehr so voll zu nehmen. Im übrigen sind wir ganz zufrieden mit dem hysterischen Ablehnungsgeschrei. Die hallischen Arbeiter haben infolgedessen dem oberschlesischen Zusammenbruch der SPD. besonders großes Interesse zugewendet.

Unseren Dank, wertes Volksblatt!

*

Nachttopf Nummer 2 ist der „Fall Leinert"! Als der feige Verkauf des hannoverschen Oberbürgermeisterpostens bekannt wurde, fuhr dem Blättchen der Schreck in die Glieder. Nicht wegen der Bestechung an sich, sowas kennt und würdigt Blättchen. Aber die Sache war doch zu dumm angefaßt. Es kam zu viel von ihr ans Tageslicht. Und deshalb mimte Blättchen zunächst den strengen Richter, der diesen sozialdemokratischen Korruptionsfall ernsthaft untersuchen wolle. Ja, man berichtete sogar, der örtliche hannoversche Parteivorstand habe dem großen Leinert „schärfste Mißbilligung ausgesprochen".

Der Theaterlärm ist nun zu Ende! Blättchen bringt freudestrahlend eine Erklärung Leinerts, die die ganze Sache als ein „Mißverständnis" hinstellt. Den Vertrag kann der schlaue Fuchs natürlich nicht leugnen. Er gibt zu, ihn abgeschlossen zu haben. Aber er habe die reaktionären Parteien mit ihm überlisten wollen. (!) Er denke natürlich nicht daran, persönliche Vorteile für sich herauszuschlagen. Er hätte sowieso „nie einen Pfennig" bekommen. Und das schreibt der Bursche, der nach diesem Vertrag insgesamt 32000 Goldmark Jahreseinkommen hat! Schamlos lügt er! Die dummen Proleten werden es schon glauben.

Blättchen unterstützt diese Mohrenwäsche natürlich gern. Es nimmt den bestochenen Lumpen in Schutz. Den Deckel drauf . . ., damit der Gestank nicht an die Oeffentlichkeit dringt und den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen öffnet. Der jämmerliche Zusammenbruch der SPD. in Oberschlesien hat Blättchen gewitzigt gemacht.

Mag Leinert schon ein bestochener Schuft sein, er muß in Schutz genommen werden, damit das Renommee der SPD. nicht noch mehr leidet.

*

Es gibt ein russisches Sprichwort: Lüge, aber mit Maß! „Volkblättchen" kennt diese Klugheitsregel nicht. Es schwindelt toll darauflos!

Was ist in Oberschlesien?

Brief eines Genossen

Man schreibt uns:

„Mit Freuden lese ich im „Klassenkampf" von dem Uebertritt der 21 oberschlesischen Ortsgruppen der SPD. zur Kommunistischen Partei. Wie ich höre, will das hiesige „Volksblatt" diese Nachricht als zusammengelogen hinstellen. Deshalb will ich Ihnen aus eigener Anschauung etwas über die Lage in Oberschlesien berichten.

Vor einigen Wochen lernte ich in Gleiwitz den Führer der oppositionellen SPD.-Ortsgruppen, Genossen Ziaja kennen. In unserem Gespräch erkannte ich so recht, welche Bedeutung es hat, daß ein SPD.-Mann wie Ziaja in Opposition stand. Er war wirklich ein Führer seiner Arbeitsgenossen. Es war gar nicht anders möglich, als daß auch die übrigen SPD.-Arbeiter immer auf dem Wege zur KPD. folgen mußten.

Genosse Ziaja war es, der den Arbeitern gewaltig die Augen öffnete. Er gründete eine oppositionelle Zeitung („Der Radikalsozialist". D. Red.). Schon die erste Nummer wurde zu Tausenden abgesetzt, und mit jeder Nummer steigerte sich die Abonnentenzahl. Da er stark verbunden war mit seinen Arbeitsbrüdern, fand Ziaja stets die rechten Worte, um sich ihnen verständlich zu machen und sie an ihr Klassenbewußtsein zu erinnern.

Das neue Leipziger Schreckensurteil

Duldet keine Beschimpfung der Opfer; übt proletarische Solidarität!

Das ungeheuerliche neue Terrorurteil des Staatsgerichtshofes, der über 11 Elberfelder Arbeiter 67 Jahre Zuchthaus und 10½ Jahre Gefängnis verhängte, hat in den Betrieben eine maßlose Erbitterung hervorgerufen. Die Arbeiter sehen, wie man sie durch Schrecken niederhalten will, sie sehen, wie die Richter des Staatsgerichtshofes weder Beweggründe der Angeklagten noch entlastende Momente würdigen, sondern entsprechend dem politischen Tagesbedürfnis der Bourgeoisie ihr Verdikt dem Reichsanwalt nachsprechen. Die heldenhaften, aufrechten Arbeiter wurden sogar wegen ihrer Entwaffnungsaktionen, in denen sie die Schuposoldaten darüber aufklärten, daß sie sich weder gegen ihre Person noch ihr privates Eigentum richten, gleichzeitig wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen des kriminellen Vorwurfs des schweren Raubes verurteilt. Sie sollen zu Kriminalverbrechern gestempelt werden.

Es lohnt sich nicht, lange Worte darüber zu verlieren, daß eine Verurteilung wegen Raubes in diesem Fall dem Empfinden eines jeden ehrlichen Menschen ins Gesicht schlägt, daß sie eine juristische Unmöglichkeit ist, die in der Geschichte noch kein ähnliches Beispiel aufzuweisen hat. Für den Staatsgerichtshof dieser Republik ist es möglich, denn es mußten unter allen Umständen diese Terrorurteile gefällt werden. Die Arbeiterschaft begreift. Sie kennt nur einen Gedanken, einen so starken Gegendruck zu entwickeln, um den Terror der Bourgeoisie unmöglich zu machen. Welcher ehrliche Arbeiter wollte in diesem Kampf zurückstehen?

Wer kann es länger ruhig mitansehen, daß dieselbe deutsche Bourgeoisie die von den Ententekapitalisten gekauften Separatisten amnestiert, während deutsche Arbeiter zu immer tolleren Zuchthausstrafen verurteilt werden.

Ehrlose, gekaufte separatistische Landesverräter — ehrliche revolutionäre Arbeiter, diese Gegenüberstellung soll der herrschenden Bourgeoisie Tag für Tag millionenstimmig in die Ohren klingen. Die Rechnung mit dieser Bourgeoisie ist klar, um die Amnestierung der proletarischen, politischen Gefangenen muß gekämpft werden.

Weil aber diese Amnestierung der politischen proletarischen Gefangenen nur durch den Druck der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft durchgesetzt werden kann, so ist es nötig, die niederträchtigen Beschimpfungen der Elberfelder Arbeiter zurückzuweisen. Um die Sympathie für die Opfer der Klassenjustiz bei einem Teil der Arbeiterschaft zu vernichten, um die proletarische Solidarität zu untergraben, um die bürgerliche Klassenjustiz zu verteidigen, bringt es das „Volksblatt", das Organ der Sozialdemokratischen Partei, fertig, die Verurteilten mit den niederträchtigsten Beschimpfungen und Schmähungen zu überhäufen.

In der Montag-Nummer vom 15. September schreibt das „Volksblatt":

„Die Angriffe waren Wahnsinnstaten Verblendeter und die eigentlichen Angeklagten in diesem Prozeß sind — wie in so vielen anderen Kommunistenprozessen der letzten Zeit — die Moskauer Zentrale der Kommunisten und ihr Exekutivorgan in Deutschland, das wissenlos die Methoden eines Sawinkow nach Deutschland verpflanzt, obwohl es genau wissen muß, daß sie in Deutschland noch weniger Aussicht auf Erfolg haben als in Rußland. Ein Sawinkow wird in Rußland zum Tode verurteilt, die Georgier werden auf das grausamste niedergemetzelt. An den Moskauer Bluturteilen gemessen, ist das Urteil des Staatsgerichtshofes milde."

Es ist eine niederträchtige Gemeinheit, die Elberfelder Arbeiter in eine Parallele zu stellen mit einem Sawinkow. Das „Volksblatt" meint nicht den revolutionären typischen Vertreter des persönlichen Terrors, Sawinkow, der Bombenattentate gegen die Spitzen des Zarismus ausführte, dessen Methoden von den Kommunisten abgelehnt wurden, wenn auch dessen Taten die Bewunderung und Sympathie des geknechteten russischen Volkes fanden. Das „Volksblatt" spricht ja von dem Sawinkow, der in Sowjet-Rußland zum Tode verurteilt worden ist. Und dieser Sawinkow ist zum gekauften Söldling des Ententekapitals herabgesunken. Als ein Gebrochener, der selbst einsah, daß er seine revolutionäre Ehre verloren hatte, stand er vor dem proletarischen Gericht und bekannte, daß er einer verruchten Sache gedient hatte und den Tod verdiene. Die Sowjetregierung würdigte selbst bei diesem gestellten Feind die subjektiven Umstände und begnadigte Sawinkow. Doch das nur nebenbei. Aber es ist eine Beschimpfung, einen Sawinkow mit den Elberfelder Arbeitern zu vergleichen. Jener kämpfte als Gedungener für das internationale Kapital, diese kämpften für die Sache des unterdrückten Proletariats. So wenig sich die Arbeiterschaft für verurteilte ehrlose Lumpen einsetzte, wie es die Separatisten sind, die, sofern sie Arbeiter waren, ihrer proletarischen Ehre verlustig waren, als sie sich vom Kapital kaufen ließen, so wenig proletarische Solidarität gebührt einem Sawinkow im englisch-französischen Sold. Es wäre die Solidarität mit dem Klassenfeind, mit dem Henker der Arbeiterklasse.

Genau dieselben gekauften Söldlinge des Kapitals vom Schlage Sawinkows sind die menschewistischen Schufte, die versuchten, das arbeitende Volk Georgiens dem englischen Imperialismus zu überliefern. Mag das „Volksblatt" sich mit ihnen solidarisch verbunden fühlen, mag die Sowjetregierung, wie sie es getan hat, auch bei ihnen persönliche, tragische Momente würdigen, die deutsche Arbeiterschaft wird nicht zulassen, daß jene vom englischen Imperialismus vorgeschickten Abenteurer in eine Parallele gestellt werden mit den deutschen Arbeitern, die für die Sache des deutschen Proletariats kämpften und darum in die Zuchthäuser und Gefängnisse gesteckt werden. Die sozialdemokratische Journaille urteilt:

„Ohne Zweifel ist das Vergehen der Kommunisten schwer. Kein Staat kann es sich gefallen lassen, daß Teile der Bürgerschaft zu einer gewaltsamen Aktion schreiten; kein Staat kann dulden, daß einzelne Banden einen bewaffneten Kleinkrieg gegen die Sicherheitsorgane führen."

Das ist das Urteil eines Verteidigers des heutigen kapitalistischen Staates, so wie er ist, mit seinem Massenhunger, Massenarbeitslosigkeit, grauenhaften Elend und seiner prassenden, faulen, wirtschaftlich unfähigen Bourgeoisie. Demgegenüber lassen sich die Arbeiter das Recht nicht rauben, über die Elberfelder Arbeiter selbst das Urteil zu sprechen. Man höre doch, wie das „Volksblatt" von seinem Standpunkt aus über die Taten der georgischen Menschewisten urteilt, es sind Helden von „reinster Gesinnung", Märtyrer. Es steht in ihnen eben Vorkämpfer des Kapitals. Das erklärt alles.

Aber eben darum läßt sich die Arbeiterklasse in keinem Augenblick vom „Volksblatt" davon abhalten, für die Befreiung der proletarischen, politischen Gefangenen zu kämpfen. Um so weniger, als es eine schamlose Lüge ist, wenn es von einer Rachejustiz der Sowjetregierung spricht. 75 amnestierte georgische Führer und auf dem ganzen Gebiet der Sowjetunion, auf ein Sechstel der Erde, nur 500 politische Gefangene in humanster Internierung! Das ist die Wahrheit!

Mit Verachtung geht die Arbeiterschaft darüber hinweg, wenn das sozialdemokratische Pack folgende, die kämpfenden Arbeiter wie die politischen Gefangenen gleich beschimpfenden Zeilen schreibt:

„Sobald die Kommunisten öffentlich erklären, daß sie ihre Anhänger nicht mehr in aussichtslose blutige Kämpfe gegen die Staatsgewalt hetzen, sondern den Kampf mit gesetzlichen Mitteln führen wollen — wie das z. B. die Sozialdemokratie im Kaiserreich in Zeiten der schwersten Bedrängnis Augenweide getan hat —, wird die Amnestie da sein, nach der sie jetzt schreien, um sie zu hintertreiben."

Es genügt, diese Niederträchtigkeit niedriger zu hängen, es genügt, festzustellen, daß es das neue Zuchthausurteil zum Anlaß nimmt, zur Unterdrückung der KPD. zu hetzen, dabei niederträchtig denunziert, die deutschen klassenbewußten Arbeiter insgesamt als willenlose Ignoranten beschimpft und es von den Opfern der deutschen Klassenjustiz als von „Opfern Sinowjews" spricht.

Das „Volksblatt" verteidigt darum die deutsche Klassenjustiz, weil die SPD.-Führerschaft völlig vom Kapital gekauft ist und im Interesse des Kapitals spricht. Das „Volksblatt" findet darum das Urteil „mild", **weil Sozialdemokraten als Richter an dem Zuchthausverdikt mitgewirkt haben.**

Das muß der letzte Arbeiter klar sehen. Dann wird er proletarische Solidarität üben und in den Reihen der Millionen mitkämpfen, die die Amnestierung der politischen Gefangenen fordern, die keine Beschimpfung jener „Zuchthäusler" dulden werden. Nicht Speichellecken vor der Bourgeoisie, proletarische Solidarität wird die Befreiung der Opfer der Klassenjustiz erwirken.

Der Uebertritt der 21 SPD.-Ortsgruppen zur KPD. wird den Bonzen ja einen schweren Schnupfen verursacht haben. Vielleicht artet er sogar in ein chronisches Leiden aus, denn auch hier müssen ja die SPD.-Arbeiter endlich einsehen, wie mit ihnen Schindluder getrieben wird. Hoffentlich finden sie dann auch den Mut, den geraden und ehrlichen Weg zu gehen, den ihnen ihre oberschlesischen Genossen, mit Ziaja an der Spitze, vorgegangen sind."

Leinert zieht seine Unterschrift zurück

Hannover, 17. September.

Leinert hat an den Magistrat Hannover einen Brief gerichtet, in dem er mitteilt, daß er seine unter den Pensionierungsvertrag gesetzte Unterschrift zurückzieht. Als Grund gibt Leinert an, „daß er den zahllosen Angriffen, die ihm die Geldfrage bei dem Pensionierungsgeschäft vorwerfen, auf diese Weise begegnen müsse, denn die materielle Seite habe für ihn lediglich die letzte Rolle gespielt".

*

Wohl bemerkt: Leinert hat sich seinen Oberbürgermeisterposten für 22000 Mark jährlich bis zum Lebensende abkaufen lassen. Dieses kleine Sümmchen, spielt für ihn, wie er erklärt, „lediglich die letzte Rolle." Wer lacht da?

Kein Vertreter der Eisenbahner im Verwaltungsrat der Reichsbahn

Berlin, 17. September.

In diesen Tagen wird, wie wir bereits meldeten, der Verwaltungsrat der neuen Reichsbahngesellschaft gebildet, deren Mehrheit aus ausländischen Vertretern bestehen wird. Als „deutsche" Vertreter sind Leute bestimmt, wie der Staatssekretär Bergemann, der Mitbeteiligte am Bankhaus Speyer, Eissen & Co., das koaliert mit den Morgan und Rockefeller ist.

Wie jetzt bekannt wird, wird ein Vertreter des Eisenbahnpersonals nicht im Verwaltungsrat sitzen.

Damit ist nur ausgedrückt, wie sich die Lage tatsächlich gestalten wird. Die deutschen Eisenbahner sollen in Zukunft nicht mehr gefragt werden, wenn es sich um ihre wichtigsten Lebensinteressen handelt. Sie sollen widerspruchslos hinnehmen, was die Morgan-Gesellschaft in Berlin, der sogenannte Verwaltungsrat, über sie beschließt.

„Kommunistische Handgranatenwerkstatt"

Das Wolffsche Telegraphenbureau (WTB.), das in diesen Tagen das zehnjährige Jubiläum seiner Herbstlügenoffensive des Jahres 1914 feiert, meldet:

Hanchen (Baden), 16. September. Der politischen Polizei ist es gelungen, im Bachle des Kommunisten Bechle eine Werkstatt zur Anfertigung von Handgranaten aufzudecken. Da Bechtle anscheinend von der Verfolgung Wind bekommen hatte, wurden in der Werkstatt nur 3000 Zünder, in einem Tümpel aber eine große Anzahl fertiger Handgranaten gefunden. Bechtle wurde verhaftet.

Cholerabazillen, Terrorgruppen, Handgranatenwerkstätte — wie man sieht, ist die Haarmann-Polizei nicht verlegen, wenn es sich um Vorwände zur Verfolgung der Kommunisten handelt.

Auch der Hausbesitz morganisiert

Berlin, 17. September.

Wie das hiesige Statistische Amt schätzt, befinden sich mindestens zwanzigtausend Grundstücke im Besitz von Ausländern. Darunter sehr viel Häuser in der Friedrichstadt und dem Westen Berlins. In Schöneberg gehört ein Drittel der bebauten Grundstücke Ausländern. In einigen Orten des Westens und des Ostens soll es noch trauriger aussehen.

*

Die großen Haus- und Grundbesitzer gehen genau so schamlos vor wie die Industriekönige: Sie verschachern ihren Besitz gegen gute Bedingungen an den ausländischen Kapitalismus und helfen dadurch tatkräftig mit, Deutschland zur hundertprozentigen Morgan-Kolonie zu machen.

Reichstagseinberufung am 15. Oktober!

Berlin, 17. September.

Als Datum für den Wiederzusammentritt des Reichstages wird der 15. Oktober angegeben.

Proletarischer Opfermut

Ohligs, 17. September.

In einer Veranstaltung der Kommunistischen Partei wurden 700 Mark für die „Rote Hilfe" gesammelt. Das ist bislang der beste Erfolg des Bezirks Niederrhein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0002

Neue Kämpfe in Arabien

Der französische Oberbefehlshaber in Syrien, General Weygand, hat Weisung erhalten, den Durchmarsch englischer Truppen durch Südsyrien zu erlauben und auf jede Weise zu erleichtern. Diese englischen Truppen kommen von Bagdad und marschieren nach Hedschas, um Mekka, die Hauptstadt des englischen Schützlings Hussein, gegen die Wahabiten, die alten Feinde Husseins, zu verteidigen.

Diese Nachricht spricht Bände; zeigt sie doch, daß bei allen Rivalitäten im Falle eines ernsthaften Aufstandes der unterdrückten Kolonialbevölkerung die Imperialisten immer zusammenhalten. Zwar weiß man, daß die englisch-palästinensischen gegen die französisch-syrischen Behörden und umgekehrt intrigieren, damit jeder das Mandatgebiet des andern in seine Hand bekomme. So kommt jetzt gerade die Nachricht, daß seitens der syrischen Emire eine hauptsächlich von Franzosen finanzierte außerordentlich heftige Propaganda gegen England und seine Begünstigung der zionistischen Pläne in Palästina geführt wird, so daß die zionistische Exekutive sich schon genötigt sah, ihren Militärfachmann Oberst Kisch nach Palästina zu entsenden.

Aber hier handelt es sich um einen ernsthaften Vorstoß einer sehr großen arabischen Völkerschaft, die seit Jahren schon durch ihre unversöhnliche Feindschaft gegen die von den Engländern bestochene Faschimitenfamilie: Hussein vom Hedschas, Abdullah von Transjordanien und Feißal von Mesopotamien, wo es gestern zu heftigen Zusammenstößen mit türkischen Irregulären um den Besitz des Gebietes von Mossul gekommen ist. Weil die Franzosen wissen, daß bei einem Umsichgreifen des Aufstandes auch ihre Zone in Mitleidenschaft gezogen würde, darum gestatten sie den englischen Truppen den Durchzug durch Syrien. Hussein ist das Zentrum der von England geförderten und finanzierten Gegenrevolution Vorderasiens. Seine Vernichtung würde die Brechung des englischen Einflusses in Vorderasien und die Versperrung des Weges nach Mittel- und Hinterasien bedeuten.

Darum setzt England alle seine Truppen ein und wird auch diesmal, wie erst vor wenigen Wochen, den aus der Not der Fellachen herausgeborenen Aufruhr im Blute ertränken. Mit welcher Brutalität die Engländer dabei zu Werke gehen, zeigt die Tatsache, daß bei der Erstickung des letzten wahabitischen Aufstandes ein englischer Offizier und zwei Soldaten verwundet und achthundert der leichtbewaffneten Wahabiten getötet wurden.

Scharfe Zuspitzung der ägyptisch-italienischen Gegensätze

London, 16. September.

Der lange zurückgedämmte Streit zwischen Italien und Aegypten um die ostkipolitanisch-westägyptische Grenze ist in ein sehr ernstes Stadium getreten. Die Italiener verlangen die Räumung von Sollum (das etwa 400 Kilometer westlich Kairo und Alexandrien am Mittelländischen Meer gelegen ist) und Jerabah und konzentrieren Truppen und Flugzeuge in dieser Gegend. Die ägyptische Regierung will, bevor sie zu einer Aktion schreitet, die Rückkehr Zaglul Paschas nach Aegypten abwarten.

•

Im Hintergrund dieser Vorgänge stehen wiedrenm englische Machenschaften. Die britische Regierung will sich für das solidarische Eintreten der Aegypter mit den Sudanesen rächen, indem sie Italien veranlaßt, Aegypten an anderer Stelle Schwierigkeiten zu bereiten. In diesem Sinne schreibt auch die in großer Erregung sich befindende ägyptische Presse.

Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo!

Paris, 16. September.

Havas berichtet aus Madrid: General Garcia, der den Befehl in der Zone von Larache führt, ist zur Disposition gestellt und durch General Riquelme ersetzt worden. Einer weiteren Meldung aus Madrid zufolge haben die Spanier die Stellung des unteren Tales und der Mündung des Laukflusses, sowie einige Posten an der Gomaraküste ohne Zwischenfälle geräumt.

(TU.) Madrid, 16. September.

Nach den letzten Meldungen aus Marokko sind am Wadilau 15 000 Spanier von den Rebellen eingeschlossen.

Primo beschuldigt England

London, 16. September.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Tetuan hatte eine Unterredung mit General Primo de Rivera, der ihm über die Lage in Marokko u. a. erklärte, zunächst werde ein allgemeiner Rückzug aller Armeen auf ihre Stützpunkte vollzogen, um eine Offensive vorzubereiten. Er habe Beweise dafür, daß ein britisches Syndikat Abdelkerim, der den Titel eines Sultans des Riffs beanspruche, erhebliche Beträge an Geld und auch Waren, darunter Telephonmaterial, zur Verfügung gestellt habe. Raisuli sei zu krank, um irgendeinen tätigen Anteil an der Beilegung des Aufstandes der unter seiner Jurisdiktion befindlichen Stämme zu nehmen.

Wupeifu Militärdiktator

Das chinesische Kabinett zurückgetreten

Peking, 16. September.

Der amerikanische Botschafter in Peking hat dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß das gesamte chinesische Kabinett zurückgetreten ist. Wie aus Peking weiter gemeldet wird, soll der General Wupeifu zum Militärdiktator ernannt worden sein und in dieser Eigenschaft für Dienstag einen Kriegsrat einberufen haben. Die Regierung in Peking hat eine Proklamation an die Bevölkerung erlassen, angesichts des Vormarsches des mandschurischen Generals Tschangsolin die Regierung in dem nationalen Verteidigungswerk mit aller Kraft zu unterstützen und die Ordnung aufrechtzuerhalten, insbesondere keine Ausschreitungen gegen die Europäer zu begehen. Die Straßen in Peking gleichen einem Feldlager. Alle öffentlichen Gebäude stehen unter starker Bewachung, weil man einen Anschlag der Anhänger des Anfu-Klubs fürchtet, die die Tschili-Partei stürzen wollen. Der Kommandant von Peking hat strenge Order gegeben, den Befehlen des Truppenkommandeurs bei Gefahr sofortiger Erschießung unbedingt Folge zu leisten. Die Europäerkolonie wird von einem internationalen Detachement von Marine-Infanterie bewacht. Die Befürchtung, daß bei einem endgültigen Siege des mandschurischen Generals Plänkeleien zwischen dessen Truppen und den Europäern stattfinden, ist groß.

Die georgischen Konterrevolutionäre gestehen ihr Verbrechen ein

Genau vor einer Woche veröffentlichte der „Klassenkampf" einen kurzen telegraphischen Auszug aus der Erklärung des sogenannten „Unabhängigkeitskomitees". Dies Dokument des Zusammenbruchs und der Kapitulation vor den Arbeitern und Bauern Georgiens, die der feudalistisch-menschewistisch-imperialistischen Allianz in 24 Stunden das Handwerk gelegt haben — dies Dokument wurde am 5. September in den Blättern zu Tiflis veröffentlicht. Dies Dokument, das sich ebenbürtig an Sawinkows „Beichte" reiht, hat folgenden Wortlaut:

„Das Komitee des Unabhängigen Georgiens hat seit dem Tage seiner Bildung sich die Wiederherstellung des Unabhängigen Georgiens zum Ziel gesetzt, und war sicher, daß es zu diesem Zwecke den bewaffneten Aufstand der georgischen Nation vorbereiten und durchführen könne. Zu diesem Zwecke hat das Komitee der Unabhängigkeit durch die in ihm vertretenen Parteien während einer Reihe von Jahren die entsprechende Arbeit durchgeführt und bewaffnete Abteilungen gebildet. Andererseits hat es durch die Vermittlung des ausländischen Bureaus versucht, in den westeuropäischen Staaten, und besonders in Frankreich und England, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, um Unterstützung zu bekommen. Aber unsere Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Und als Resultat haben wir die Niederlage erlitten. Der organisierte Massenaufstand, mit dem wir rechneten, ist nicht zustande gekommen. Die breiten Massen der Bevölkerung haben uns nicht unterstützt. Wir blieben bei den aktiven Kräften, die aus den oberen Schichten der Nation gesammelt wurden und sich hauptsächlich in den Wäldern versteckt hielten. Unser Auftreten ist faktisch gegen unseren Willen zu einem Abenteuer geworden, welches selbstverständlich Repressalien der Sowjetmacht zur Folge hatte, für die die Verantwortung vollkommen von uns getragen werden muß. Indem das Komitee der Unabhängigkeit die Vorbereitung dieses Aufstandes als Fehler zugibt, erklärt es, daß von dem heutigen Tage an für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes mit der Sowjetmacht jede Perspektive fehlt, und daß ein solcher den Untergang für die georgische Nation bedeuten würde. Darum schlägt das Komitee der Unabhängigkeit allen Parteien, die ihm angehören und auch allen bewaffneten Kräften, welche in verschiedenen Winkeln Georgiens existieren, worunter auch die Abteilung Kakutz Tscholaschwili, vor, sofort auf das Auftreten gegen die Staatsmacht zu verzichten, sofort alle bewaffneten Kräfte zu demobilisieren, den Staatsorganen die Waffen auszuliefern und durch die Kapitulation das große Unglück, das unser Auftreten auf die georgische Bevölkerung gewälzt hat, zu vermindern. Von heute an erklären wir das Komitee der Unabhängigkeit für aufgelöst, sowohl zentral als auch lokal.

Vorsitzender des Komitees der Unabhängigkeit: K. Andronikaschwili.

Sekretär: J. Dschawachaschwili.

Mitglieder: M. Botschorischwili. Mitglied des Zentralkomitees der georgischen Sozialdemokraten: Djinoria.

Mitglied des ZK. der georgischen Volksdemokraten: Ischchneli.

Aus Macdonalds Reich

Die englischen Bergarbeiter vor neuen Kämpfen

(Eig. Drahtm.) London, 16. September.

Der Sekretär der Bergarbeiterföderation Cook erklärte in einem Interview, daß die Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit um das Doppelte gestiegen seien. Unter den Bergarbeitern sei die größte Unzufriedenheit, da sie mit ihren Löhnen nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Ueberall würden daher Vorbereitungen für den kommenden Kampf getroffen. Vor allem sei man an der Arbeit, um alle die einzelnen Gewerkschaften und Splitterorganisationen zu einer einheitlichen Organisation für den gesamten Bergbau zusammenzuschließen.

Streikbewegungen in England

Verschärfter Transportarbeiterstreik in London

(Eig. Drahtm.) London, 17. September.

Die im Streik stehenden Transportarbeiter haben heute in einer allgemeinen Streikversammlung beschlossen, die von dem vom Arbeitsminister eingesetzte Untersuchungskomitee gemachten Einigungsbedingungen abzulehnen und den Kampf mit rücksichtsloser Schärfe fortzusetzen.

•

Die Gewerkschaft der Eisengießer hatte eine Lohnerhöhung von 15 Schilling pro Woche verlangt. Da die Unternehmer abgelehnt hatten, wurde beschlossen, eine Abstimmung über Eintritt in den Streik zu veranstalten.

Die in der vierten Woche streikenden Metaller in Rotherham und Stocksbridge, 8000 an der Zahl, haben die zu geringen Zugeständnisse der Unternehmer abgelehnt und verharren weiter im Streik. Die Arbeiter in den Bergwerken von Bristol und Kent streiken ebenfalls weiter.

Die Holzarbeiter in Plymouth setzen ihren Streik fort. Versuche der Unternehmer, durch Streikbrecher die Arbeit fortsetzen zu lassen, mißglückten, da die Streikenden den Streikbrechern klarmachten, daß sie ihnen nicht in den Rücken fallen dürfen.

Niederlage der englischen Regierung in Indien. Die englische Regierung hatte der indischen Gesetzgebenden Versammlung einen Gesetzentwurf, den sogenannten Lee-Report vorgelegt, der geringe Zugeständnisse der englischen Regierung an die indischen Nationalisten vorsah. Es sollte künftighin eine größere Anzahl indischer Eingeborner für die höhere Verwaltungslaufbahn zugelassen werden. Die indischen Nationalisten, die „Swarajsits", lehnten den Gesetzentwurf ab, da er ihren Forderungen nicht entsprach. Trotz aller Versuche englandsfreundlicher indischer Bourgeois blieben die Swarajsiten unter ihrem Führer Moti-Lal Nehru bei der Ablehnung des Gesetzentwurfes bestehen, nachdem die Gesetzgebende Versammlung schon in der vorhergehenden Sitzung den Haushaltplan nicht bewilligt hatte.

Die indischen Swarajsiten sind zwar keine Anhänger der Interessen des Proletariats, sie haben oft genug gemeinsam mit der englischen Regierung für die Niederwerfung von Streiks und Aufständen gesorgt. Trotzdem ist es kennzeichnend, daß auch diese Kreise der indischen Bourgeoisie, die weiter nichts wollen, als ihren englischen Vorbildern nachzuahmen und die englischen durch die indischen Kapitalisten abzulösen, sich gegen die Macdonald-Regierung wenden.

Telegraphistenstreik in Kanada. Die Telegraphisten traten wegen Lohndifferenzen in den Streik. Wegen absoluten Mangels an Nachrichten ist die gesamte Presse lahmgelegt. Einige Zeitungen versuchen, durch telephonische Nachrichtenvermittlung einen Bulletindienst wenigstens in den größten Städten aufrechtzuerhalten.

Die Telegraphisten lehnen jede schiedsgerichtliche Entscheidung ab.

Newbolds Austritt aus der KPE.

Das Wachsen der englischen kommunistischen Bewegung

J. T. Newbold und Miß Wilkinson sind aus der KPE. ausgetreten. Newbold hat schon die Belohnung für seinen Austritt erhalten: Er ist als Parlamentskandidat der Labour Party aufgestellt worden. In einer Erklärung gibt Newbold die Gründe für seinen Austritt bekannt. Die Gelegenheit zur Revolution sei vorüber. Erst in zehn bis zwanzig Jahren sei der Boden wieder reif für revolutionäre Bewegungen. Newbold lehnte ferner die Taktik der Kommunistischen Partei gegenüber der Arbeiter-Regierung ab. Es sei unrecht, daß die KPE. der Macdonald-Regierung Schwierigkeiten bereite.

Beim Kongreß der KPE. in Manchester schwelgte Newbold noch in äußerst radikalen Redensarten. Der Vertreter der deutschen Partei prophezeite damals schon, daß trotz seiner radikalen Redensarten Newbold, der ein „ehrenwerter Parlamentarier" durch und durch sei, die Kommunistische Partei bald verlassen würde. Die Kommunistische Partei Englands weint Newbold keine Träne nach. Im Gegenteil, die revolutionären Massen sammeln sich von Tag zu Tag in größerem Maße um die Fahne der Kommunistischen Partei Englands. Gerade während des englischen Gewerkschaftskongresses ist die Mitgliederzahl der Ortsgruppe in Hull auf das Doppelte gestiegen.

Faszistisches Gesindel

(WTB.) Rom, 16. September.

Heute nacht durchzogen wieder faszistische Abteilungen lärmend und singend die Straßen der Stadt, wobei sich aber kein ernster Zwischenfall ereignete. Nur Zeitungsstände wurden geplündert, die Bestände an Oppositionsblättern verbrannt und zerrissen. Wie gestern, schlug auch heute ein Versuch, das Redaktionsgebäude der Zeitung „Il Mondo" zu stürmen, vollkommen fehl; ebenso mißlang ein Angriff auf den „Giornale d'Italia".

In Rom wurde gestern abend das Bureau der sozialistischen Partei zerstört. Der Schaden soll bedeutend sein.

Die Seifenblasen der demokratischen Wahlversprechungen

Der Abbau in Frankreich

Nach einer Verordnung des Innenministeriums über die Reorganisation des Kriminalpolizeiwesens werden eine Reihe von Polizeistationen aufgehoben und die Beamten entlassen.

•

Um trotz des Fortfalles dieser Polizeikräfte keine Einschränkung in der Bekämpfung des „inneren Feindes" eintreten zu lassen, bemüht sich Herriot, krampfhaft den Faszismus in Frankreich aufzuziehen und zu organisieren.

Französische Arbeitskämpfe

(Eig. Drahtm.) Paris, 16. September.

Die Bauarbeiter in Reims traten wegen Lohndifferenzen in den Streik. In Nizza traten heute die Monteure und Elektriker zur Unterstützung des Bauarbeiterkampfes gleichzeitig in den Streik.

In Lorient haben sich die Mannschaften von zwei neu angekommenen Schiffen dem Seeleutestreik angeschlossen.

Mehrere als Stützpunkte für die Streikbrecher in Lorient stationierte Torpedoboote haben heute den Hafen verlassen, um sich an dem französischen Flottenmanöver zu beteiligen, zu dem der pazifistische Herriot bereits in Toulon eingetroffen ist.

5000 Pariser Nachtwächter vor dem Streik

(Eig. Drahtm.) Paris, 16. September.

Die Pariser Nachtwächter haben vor einigen Tagen eine Versammlung veranstaltet, auf der die Grundlage für eine Vereinigung zum Schutze der gemeinsamen Interessen geschaffen wurde. Diese Einigung soll der erste Schritt zur Bildung eeins Verbandes sein. In der Sitzung nahmen die Nachtwächter zu der maßlosen Ausbeutung, der sie von seiten der Stellenvermittlungsgesellschaft ausgesetzt sind, Stellung. Bei einem vierzehnstündigen Arbeitstag von 5 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zahlen diese Gesellschaften zehn Franken, während sie selbst von den Industriellen, Kaufleuten, Bankiers usw., die ihre Vermittlung in Anspruch nehmen, 15 bis 30 Franken pro Mann erhalten. Die Nachtwächter haben in einem scharfen Protestschreiben den Arbeitsminister auf diesen Zustand hingewiesen und unter Androhung des Streiks sofortige Abhilfe verlangt.

Streik in der Züricher Metallindustrie

Zürich, 16. September.

Seit dem 1. September stehen in Zürich 1500 Arbeiter der Metallindustrie im Streik. Die hauptsächlich daran beteiligte Firma Escher, Wyß & Cie. lehnte eine geringfügige Lohnerhöhung von fünf Rappen pro Stunde ab und beabsichtigt im Gegenteil, eine weitere Lohnreduktion durchzuführen. Es handelt sich hierbei um eine Machtprobe des Maschinenbau-Industriellen-Verbandes, der in der ganzen Schweiz einen Lohnabbau durchführen will. Der Kampf ist schwierig zu führen, da in Zürich zwei Metallerbeitergewerkschaften existieren. Es ist zu hoffen, daß durch diesen Kampf die Vereinigung beider Organisationen zustande kommt.

Flämisch-faszistische Zusammenstöße

(Eig. Drahtmeld.) Brüssel, 16. September.

Nach einer von der Polizei aufgelösten Kundgebung der flämischen Nationalisten überfiel eine Faszistenhorde einige Flamen. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf ein Faszist durch einen Revolverschuß getötet wurde. Die ganze bürgerliche Presse Belgiens, vor allem die sozialdemokratische, heult über das aktivistische Verbrechen, ohne ein Wort über die schamlose Provokation der Faszisten zu verlieren.

Ein Riesenprozeß gegen die estnischen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) Reval, 16. September.

Im Januar wurden 149 Kommunisten verhaftet. Jetzt, nach ¾ Jahren ist den Angeklagten die Anklageschrift im Umfange von 188 Seiten ausgehändigt worden. Dieser Riesenprozeß gegen die Kommunistische Partei Estlands wird in kürzester Zeit stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0003

Letzte Nachrichten

„Reichsbanner" bettelt Kapitalisten an

(Eig Drahtm.) **Berlin**, 17. September.

Aus einem Rundschreiben des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" vom 5. August:

Sehr geehrter Herr!

Innerhalb ganz kurzer Zeit ist in dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" der Republik eine starke Organisation erstanden, die es sich zum Ziele gesetzt hat, sowohl Angriffe auf die Republik zurückzuweisen als auch die geistigen Krankheiten unserer Zeit, wie Kommunismus, (! D. R.) Antisemitismus, nationalistischen Chauvinismus zu bekämpfen und statt dessen das Gefühl für wahre vaterländische Ideen im Rahmen des demokratischen republikanischen Staates zu vertiefen. Diesem Zweck soll die am kommenden Sonntag, dem 10. August, stattfindende Verfassungsfeier, vornehmlich die weihevolle Veranstaltung im Großen Schauspielhaus, dienen.

Zur würdigen Ausgestaltung dieser Feiern bedarf es aber der weitgehendsten materiellen Unterstützung durch unsere Freunde. Wir erlauben uns daher, auch an Sie mit der Bitte heranzutreten, uns unter Benutzung anliegender Zahlkarte auf unser Postscheckkonto . . . eine Verfassungsspende zu überweisen. Selbst die kleinsten Spenden sind willkommen.

Mit republikanischem Gruß

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold,
Gau Berlin-Brandenburg
gez. Martin Schneider."

Dieser Bettelbrief des Reichsbanners ist natürlich für **Kapitalisten** bestimmt. Denn daß andere Leute, etwa Arbeiter und Angestellte, bei ihren heutigen Hungerbezügen noch Spenden machen können, das glaubt doch wohl selbst so ein Schwarz-Rot-Senf-Mann nicht. Also kommen nur die **zahlungskräftigen** Interessenten, die Kapitalisten, in Frage. Für sie ist ja auch der Hinweis auf die Bekämpfung des Kommunismus (an erster Stelle!) berechnet.

Damit entlarvt sich das Reichsbanner als ausgehalten vom deutschen Unternehmertum. Sollte es wirklich einen Arbeiter geben, der sich als ehrlicher Klassenkämpfer trotzdem dieser Bande von Kapitalszuhältern anschließt?

Tschangtsolin im Anmarsch auf Peking

Schanghai, 16. September.

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß Marschall Tschangtsolin einen Sieg über die Streitkräfte der Zentralregierung erfochten hat. Die Avantgarten seiner Armee bewegen sich in Eilmärschen längs der Eisenbahn Mukden-Peking auf die Hauptstadt Nordchinas zu. Die Zentralregierung hat aus der Kiangsu-Armee mehrere Divisionen herausgezogen, um sie Marschall Tschangtsolin entgegenzuwerfen. General Wupeifu wird sich an die Front begeben, um die Operationen gegen die mandschurische Armee persönlich zu leiten. In Schanghai sieht man mit Spannung der unmittelbar bevorstehenden Entscheidungsschlacht zwischen den beiden Heerführern entgegen.

Genossen heraus!

Besucht die Mitgliederversammlungen. Stärkt die Kampagne gegen den Dawesplan!

Saalkreis

Ammendorf: Mittwoch 17. Sept., abends 8 Uhr, „Elstertal".
Beuchlitz und Passendorf: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Drei Lilien", Passendorf.
Diemitz: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".
Dölau, Lieskau: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Dierschke, Dölau.
Seeben, Gutenberg: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, bei Glaser, Seeben.
Queis: Mittwoch, 17. Sept., abends. 8 Uhr, bei Seydewitz.
Bruckdorf: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Gahse.
Canena, Kleinkugel: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Wenkel, Canena.
Löbejün: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler".
Spickendorf, Dammendorf: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Spickendorf.
Dieskau, Zwintschöna: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, bei Mayer, Dieskau.
Friedrichsschwerz, Brachwitz: Freitag, 19 Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Friedrichsschwerz.
Sennewitz, Morl, Möderau: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler".
Nietleben: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Zur Sonne".
Reideburg: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Nachtigall".
Zscherben: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Boltze.

Kreis Merseburg

Dürrenberg und Tollwitz: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Sonne".
Neumark: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Schumann.
Mücheln: Donnerstag, 18. Sept., ab. 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus".
Frankleben: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof Böhme.
Lauchstaedt: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Stadt Leipzig".
Merseburg: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Funkenburg".
Rattmannsdorf: Freitag, 19. Sept., ab. 8 Uhr, Gasthof Hohenstein.
Querfurt: Sonnabend, 20. Sept., abends 8 Uhr, „Schützenhaus".

Kreis Weißenfels

Granschütz: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im „Sachsenhof".
Webau: Mittwoch, 17. Sept., ab. 8 Uhr, im Gasthof Jacob, Gnäditz.
Weißenfels: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im „Volkshaus".
Wählitz: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof Fuchs.
Tauchа: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Eintracht".
Hohenmölsen: Sonnabend, 20. Sept., abends 8 Uhr, Kupsch.
Teuchern: Sonntag, 21. Sept., abends 7½ Uhr, „Grüner Baum".
Gröben-Runthal: Sonntag, 21. Sept., 3 Uhr nachmittags, Gasthof Schmidt, Runthal.

Kreis Naumburg

Altenburg: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Linde".
Naumburg: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Goldener Hahn".
Mertendorf: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof.
Bad Kösen: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Zur Post".
Freiburg: Freitag 19. Sept., abends 8 Uhr, Parteilokal.

Kreis Zeitz

Wetterzeube-Crossen: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im Lokal Trebnitz.
Kretzschau: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, bei Börner.
Rasberg: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im Lokal Brühl.

Kreis Sangerhausen

Stollberg: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Bürgergarten".
Oberröblingen a. H.: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Zum Bahnhof".
Niestedt: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, im „Brunnenschlößchen".
Roßla: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Zur Sonne".
Reinsdorf: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, bei Gebhardt.
Kelbra: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Sängerhalle".
Kalbsrieth: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, bei Stolze.
Artern: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Goethehaus".

Kreis Bitterfeld

Friedersdorf: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im „Stern".
Zschernddorf: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, im Gasthof.
Bitterfeld: Donnerstag, 18. Sept., ab. 8 Uhr, im „Bürgergarten".
Zschornewitz: Freitag, 19 Sept., abends 8 Uhr, im Koloniegasthof.
Zörbig: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, im „Dorotheenhof".

Kreis Delitzsch

Zschortau: Mittwoch, 17. September, abends 8 Uhr, Gasthof Zschortau.
Delitzsch: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Lindenhof".

Kreis Wittenberg

Piesteritz: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Schützenhaus".
Wittenberg: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, bei Freudenberg.
Zahna: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof.
Reinsdorf-Dobien: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Torgau

Dommitzsch: Mittwoch, 17. Sept., abends 8 Uhr, „Konzerthalle".
Torgau: Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, „Waldschänke".
Schildau: Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, Parteilokal.

Kreis Liebenwerda

Prösen: Mittwoch, 17. Sept., abends 8½ Uhr, Rest. Theuring.
Biehla: Mittwoch 17. Sept., abends 8½ Uhr, Gasthof Lohse.
Liebenwerda: Mittwoch 17 [illegible] abends 8½ Uhr, „Schützenhaus".
Hohenleipisch: Donnerstag, 18 Sept., abends 8½ Uhr, Gasthof „Zum g. Löwen".
Falkenberg und Uebigau: Donnerstag, 18. Sept., abends 8½ Uhr, Rittergut Falkenberg.
Döllingen: Donnerstag, 18. Sept., ab. 8½ Uhr. Gasth. Schimangk.
Fichtenberg: Freitag, 19. Sept., abends 8½ Uhr, im Gasthof.
Plessa: Freitag, 19. Sept., abends 8½ Uhr, Gasth. „Zur Eisenbahn".
Coßdorf: Freitag, 19. Sept., abends 8½ Uhr, im Gasthof.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.**

Ortsgruppe Halle

Kommunistische Elternbeiräte und Eltern aller Schüler. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Versammlung.**
Distrikt 3 und 4. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette": **Distriktsversammlung.** Das Erscheinen aller ist Pflicht.
Distrikt 6. Freitag, abends 8 Uhr, „Produktiv-Genossenschaft": **Distriktsversammlung.** Funktionäre eine Stunde früher.
Distrikt 9. Donnerstag, 18. September, abends 8 Uhr, in „Loests Hof", Restaurant Schnabel: **Distriktsversammlung.** Wichtige Tagesordnung. Zehnerschaftsführer müssen alles einladen.
Distrikt 9 a. Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Schnabel („Loests Hof"): **Distriktsvers.**
Distrikt 11. Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Braustübl": **Distriktsversammlung.** Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
Distrikt 17. Donnerstag, 18. Sept., abends 8 Uhr, in der „Eiche", Körnerstraße: **Mitgliederversammlung.**
Distrikt 18. Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Distriktsversammlung.**
Distrikt 19. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Distriktsversammlung.** Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
Distrikt 20. Donnerstag, 18. September, abends 8 Uhr: **Distriktsversammlung.** Zehnerschaftsführer sämtliches Material mitbringen. Erscheinen aller ist Pflicht.

Halle-Saalkreis

Könnern. Sonntag, 21. Sept., abends 8 Uhr, „Bürgergarten": **Wählerversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Bürgergarten": **Eisenbahnerversamml.**

Apollo-Theater :: Zeitz, Kalkstr.

Ab heute beginnen die Vorstellungen des großen Sonder-Films in 6 Akten:

Nanuk, der Eskimo

Außerdem ein herrliches Beiprogramm

Die Vorstellungen beginnen täglich um **5, 7** und **9** Uhr

Sämtliche Plätze sind numeriert Karten sind im Vorverkauf an der Kasse zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet

925 **Die Direktion**

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Halle. Mittwoch, abends ½8 Uhr, pünktlich im „Volkspark": **Sitzung der Vorstandsmitglieder, Werbebezirks- und Abteilungsführer.** Tagesordnung: 2. Werbeabend. Freitag (Einteilung).

Saalkreis

Queis. Mittwoch, 16. Sept., abends 8 Uhr, bei Seidewitz: **Gründungsversammlung.**
Löbejün. Freitag, 19. Sept., abends 8 Uhr, „Schwarzer Adler": **Mitgliederversl.**

Kreis Merseburg

Niederclobigkau. Mittwoch, 17. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Förster, Reinsdorf: **Oeffentliche Frontkämpfer-Versammlung.**

Kreis Sangerhausen

Artern. Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Goethehaus": **Vorstandssitzung; 9 Uhr: Mitgliederversammlung.**
Sangerhausen. Freitag, 19. September, „Herrenkrug": **Gründungsversammlung.**

Kreis Zeitz

Teuchern. Sonnabend, 20. Sept., abends 7½ Uhr, „Grüner Baum": **Werbeversamml.**

Kreisvorstand RFB.

Nach wie vor
kaufen Wiederverkäufer vorteilhaft
Schokoladen, Keks Kakao, Bonbon
sowie alle anderen **Süßigkeiten**
bei der bekannten 270
Schokoladen-Spezial-Großhandl.
Willy Voigt
Halle, Markt 6,
vorm Bachran & Co.,
Ecke Schülershof. Tel 4736

Gummi-Mäntel
für Herren und Damen
auf Kredit
2703
Kleine Anzahlung
Wochenrate von 1,— Mk. an
Paul Sommer
Halle a. d. S.
Leipziger Str. 14, 1 Treppe

Zeitungsträger (in)
für **Brachstedt** gesucht.
Meldungen bei Gen. **Paul Weise**

PELZE
Echt Skunks . . . 98,— Mk.
Zobelfuchs . . . 132,— „
Biberette . . . . 31,— „
Schakal . . . . . 28,— „
Silberwallaby . . . 43,— „
Griesfuchs . . . . 31,— „
Fellvorlagen . . . 6,50 „
Beachten Sie unsere Fenster
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden 6, Ecke Gr. Steinstr.
191

Winterjoppen
größte Auswahl — I a. Qualitäten mit extra gutem Futter
schon von **12** Mk an
Paul Landgraf
Schmeerstr. 17|18
210

Zeitungsträger
für **Trebnitz** bei Könnern ab **1. Oktober gesucht.** Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn Göhre in Trebnitz melden.

Zeitungsträger
für **Röglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Damen-Handtaschen
in nur solider Ausführung
Aktenmappen, Schulmappen, Brieftaschen :: Zigarrentaschen :: Geldschein- und Reisetaschen empfiehlt
Max Fischer, Sattlermeister
Mittelstraße 2 281

Bekanntmachung

Unter den Schweinen des Materialienhändlers Fleischhauer, Nußbreite 70, ist die Schweinepest ausgebrochen.

Eisleben, den 15 September 1924

Die Polizeiverwaltung
Clauß.

206

Geschäfts-Eröffnung!

Einem verehrl. Publikum und einer geschätzten Nachbarschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich am heutigen Tage das bisher von der Firma

R. Rein, Halle a. d. S.
Königsberg 5

geführte Kohlengeschäft übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meiner Kundschaft nur

Ia. Brennmaterial

zu liefern und bitte, das bisher meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen Für Selbstabholer stehen kleine 5- und 10-Zentner-Wagen zur Verfügung. 2702

Hochachtungsvoll
A. Loose

Stadt-Theater
Donnerstag, 6½ U.:
Undine
Als Undine:
Fräulein **Kirchhoff**
Freitag, 7½ Uhr:
Frau v. vierzig Jahren

Koch's Künstlerspiele Bunte Bühne
Täglich abends 8¼ Uhr
Das große Programm
Vollständig neu!
11 erstkl. Künstler
und trotzdem kleine Eintrittspreise
2748

Vereine

Allgem. deutscher Gewerksch.-Bund
Ortsausschuß Halle
Freitag, d. 19. Sept., abds. 7½ Uhr, im Volkspark (Kartellzimmer): Sitzung
Der Vorstand

Kaufe Kanarien- Hähne und -Weibchen
Zahle 5 Mk. u. höher
Fritz Tischler
Breitestr. 20
Telephon 3411
269

Hamsterfelle
sowie **Ziegen-, Schaf-, Kalb- und Kaninfelle**
kauft zu höchsten Preisen am Platze
Albert Lötsch
Fellgroßhandlung
Weißenfels
Nur Jüdenstr. 8
Telephon 442

Schlafen Sie schlecht?
Dann liegt das Uebel an Ihren Matratzen
Fachmännischen Rat und die besten
Patentmatratzen
aller Größen und Systeme und
Auflegematratzen
von der gebräuchlichsten Ausführung bis zur feinsten Roßhaarmatratze finden Sie bei billigster Preisstellung und evtl. Zahlungserleichterung im führenden Spezialhaus von
BRUNO PARIS, jetzt Brüderstraße 3
1 Minute vom Markt 2709
Klubmöbel-, Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten

Restaurant und Speisewirtschaft

Kaffeeschänke Zeitz
Neumarkt 15
empfiehlt 926
seinen preiswerten Mittagstisch

Zeuge gesucht! *580

Der Markranstädter Arbeiter-Radfahrer, der in Halle am 11. Mai 1924 (Deutscher Tag) am Vormittag zwei andere Arbeiter-Radfahrer nach dem Arbeiter-Sportplatz (Stadion) gefragt hat und dann ein Stück mit ihnen zusammen in der Richtung dorthin gefahren ist, wird gebeten, sich als äußerst wichtiger Zeuge in Sachen gegen Böhme 9/10 J. 731/24, Schwurgericht Halle, auf der Polizeiverwaltung in Markranstädt sofort zu melden.

Felle
Häute, Wolle
kauft 267
A. Weise
Rannischestr. 1
Tel 1667

Pianos
Harmoniums
Sprechapparate
Lüders, Mittelstr. 9/10.

874 Morgen,
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schamann,
Zeitz,
Kramerstraße 12.

Ansichtspostkart. empf. Volksbuchhandlung.

Achtung!
Den Bewohnern zur Kenntnis, daß
2703 ich laufend
Lumpen, Knochen, Papier
zu den höchsten Tagespreisen kaufe
Händler Extra-Preise!
Auf Wunsch Abholung
Rohprodukten-Geschäft
Steg 10, Hugo Müller
Telephon 6765

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betr. die Ausschreibung eines Antrages des Schmiedemeisters und Wagenbauers **Johannes Schoene** auf Genehmigung der Anlegung bezw. der Weiterbenutzung eines Blattfederhammers im Grundstücke Lindenstraße 49 zur Einsicht und eventl. Anbringung von Einwendungen

Halle, den 13. September 1924 2705

Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle.

Oeffentliche Mahnung

Die Steuerpflichtigen (Lohn- und Gehaltsempfänger) in den Bezirken der **Andreas- u. Petrigemeinde**, welche mit der Zahlung der Kirchensteuer im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, die Steuerschuld innerhalb 8 Tagen an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen, andernfalls unverzüglich zur zwangsweisen Beitreibung der Schuld durch Pfändung geschritten wird

Eisleben, den 12. September 1924

205 **Der Magistrat**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Flaute im Stahlhelm

Der Stahlhelm ist in seiner Endkrise. Er will sich noch einmal mühsam hochtrappeln und bei großen Veranstaltungen den Gedanken des „Kampfes gegen den Marxismus" lebendig erhalten. Daß schon beträchtliche Lücken an Mitgliedern und Disziplin eingerissen sind, beweist am besten ein Rundschreiben, das der bekannte günstige Wind uns auf den Redaktionstisch geweht hat und das wir auszugsweise veröffentlichen:

Stahlhelm. Bez. Nord-West.

Rundschreiben 47/24. Halle, den 27. August 1924.

An den Bezirk Nord-West des Stahlhelm!
(Ortsgruppe Halle.)

1. S. Ex. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat die Ehrenmitgliedschaft des Stahlhelm angenommen. Der Stahlhelm ist sich der Ehre bewußt, den größten Heerführer als Ehrenmitglied in seinen Reihen zu haben.
3. Die Uebernahme von Bürgschaften wird trotz verschiedentlicher Mahnungen noch immer recht leichtsinnig gehandhabt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Bürgen voll und ganz verantwortlich sind für die Kameraden, die sie in den Stahlhelm hineinbringen.
4. Auskünfte vertraulicher Natur sind nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, es ist dies besonders zu beachten.
5. Ohne vorherige Rücksprache mit dem Führer darf kein Stahlhelmkamerad Zeitungsartikel im Namen der Bewegung veröffentlichen.
7. Der bisherige Stahlhelmkamerad Willi Schirmer ist aus dem Stahlhelm ausgeschlossen worden.
8. Der bisherige Stahlhelmkamerad Kleine hatte bereits vor längerer Zeit seinen Abschied im Stahlhelm genommen. Er soll jetzt dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" angehören.
10. Es müssen sich unbedingt noch Kameraden zu dem Armeegepäckmarsch melden. Auch wenn der Bezirk selbst nicht eine volle Marschgruppe aufstellt, so können die Kameraden mit anderen Bezirken zu einer Marschgruppe aufgestellt werden. Da auch die anderen Bezirke und Ortsgruppen wenig marschiert haben, so bleiben wir auch ohne Marschausbildung wettbewerbsfähig, falls noch die Sonntage des Septembers zu Uebungen voll ausgenutzt werden.

Der Schlußsatz heißt:

Sie haben die Pflicht, sich so rege wie nur irgend möglich an den Veranstaltungen des Bezirkes zu beteiligen. Es werden Mitarbeiter und keine Mitläufer gesucht.

Also: leichtsinnige Handhabung von Bürgschaften, Ausplaudern von vertraulichen Mitteilungen, Ausschluß von Mitgliedern, Uebertritt zum sinnverwandten Mostrich, das sind die Krankheiten, an denen der Stahlhelm laboriert.

Am interessantesten aber ist unstreitig die Feststellung der geringen Beteiligung an dem „Sporttag". Dieses Eingeständnis ist der beste Beweis für die wirkliche Schwächung der Organisation. Die Arbeiterschaft wird dafür zu sorgen haben, daß dieses faszistische Gesindel sich völlig in seine Bestandteile, die Zabels und Sparings, auflöst.

Die „Hallesche Zeitung" und die IAH.

Die „Hallesche Zeitung" bringt in ihrer Nummer unter der Ueberschrift „Warum sterben Arbeiterkinder" einen Artikel, der die wahre Fratze dieser nationalen Presse ganz grell beleuchtet. Wir wollen den Hauptdreck dieser hallischen Schmierpresse unseren Lesern nicht vorenthalten. Das christlich-nationale Blättchen schreibt also u. a.:

Nun soll ja selbstverständlich gegen Werke der Wohltätigkeit nicht das geringste gesagt werden, aber die Einseitigkeit und die Veranstalterin dieses Unternehmens verdienen doch eine aufklärende Beleuchtung. Zunächst muß es wundernehmen, daß nur Arbeiterkinder und immer wieder nur Arbeiterkinder den Gegenstand der Ausführungen des Plakates bilden. Als ob nur Arbeiterkinder unterernährt wären, als ob nur arbeiterkinder an Tuberkulose litten, als ob nur Arbeiterkinder sterben! Während doch alle Welt weiß, daß die Mittelstandsschichten am meisten unter den Folgen der Hungerblockade gelitten haben, an deren peinvoller Durchführung sich so manches ausländische Mitglied der IAH. eifrigst beteiligt haben dürfte. Deshalb wäre es ein natürliches Gebot der Gerechtigkeit, daß die „IAH." auch für Kinder dieses Standes einträte, zumal wenn sie wirklich das Wohl der Allgemeinheit als oberstes Ziel ihres Strebens im Auge hätte. Kommunistisch, wie sie indessen in ihrer Vaterlandslosigkeit von vornherein gesinnt ist, kennt die Internationale Arbeiter-Hilfe — „J. A. H." nur Arbeiterkinder als hilfsbedürftig. — Die Millionen sonst und wohl noch viel schwerer notleidenden Kinder sind ihr gleichgültig. Das möchte allenfalls als unbewußtes Vernichtungsurteil für die moralische Höhe des Altruismus der „IAH." im Gegensatze zum „Roten Kreuze" noch angehen, wenn nicht dieselbe „IAH." sich bemühte, es dem parteilosen und daher allen gleichmäßig helfenden „Roten Kreuze" in ausschlaggebenden Dingen nachzumachen!

Es sei ausdrücklich festgestellt, daß

die Sammelaktion der Internationalen Arbeiterhilfe vom Regierungspräsidenten genehmigt ist.

Das hallische Volksverdummungsblatt will seinen Lesern weiterhin weismachen, daß die Kinder der sogenannten Mittelstandsschichten mehr Not leiden als die der Arbeiter. Wo ist in Deutschland denn heute der Mittelstand? — Wo sind die armen Kinder des Mittelstandes? — Nur nicht heucheln, du patriotisches Reptil! Der Mittelstand existiert in der Einbildung einiger Weniger, die immer noch nicht glauben können, daß sie nach den Ereignissen der letzten Jahre zur Klasse der Proletarier gehören. Der Mittelstand bestand so lange, bis er von den christlich-nationalen Stinnessen, Klöcknern und anderen Inflationsräubern aufgefressen wurde. Es mag den ehemaligen Mittelständlern schwerfallen, dies zu glauben; aber dennoch ist es Tatsache, daß es in Deutschland nur noch zwei Klassen gibt. „Hier Bourgeoisie, hier Proletariat." Dazwischen besteht höchstens die Klasse der Eingebildeten. Aber dennoch hat auch die IAH. in diesen Kreisen geholfen, so gut es ihr möglich war, und wenn die „Hallesche Zeitung" Beweise haben will, so kann sie solche in Menge bekommen. Viele Sozialrentner, Künstler und andere unpolitische Leute wurden von der IAH. tatkräftig unterstützt.

Wenn die IAH. eine kommunistische Organisation wäre, so kann die „Hallesche Zeitung" versichert sein, daß in diesem Falle nie und nimmer eine Sammlung auch unter den bürgerlichen Kreisen veranstaltet würde. Die Kommunisten sind Todfeinde des kapitalistischen Bürgertums und verschmähen es, diese um eine milde Gabe anzuflehen. Die Kommunisten betteln nicht, sondern kämpfen. Tatsächlich aber ist die IAH. eine parteipolitisch neutrale Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die notleidende Klasse, und das ist die der Arbeitenden, zu unterstützen.

Sozialdemokraten!

Zwei Arbeiter!

Ihr Lohn

Leinerts Lohn:

1. Durch treue Dienste für die Bourgeoisie Pension jährlich	22 000 Mk.
2. Als Landtagsabgeordneter jährlich (schätzungsweise	6 000 „
3. Als Landtagspräsident jährlich (schätzungsweise)	12 000 „
4. Als Aktionär (?), als Aufsichtsratsmitglied (?) usw. jährlich	? „
Außerdem eine Repräsentantenwohnung in Berlin im Herrenhaus (40 Zimmer) mit Dienerschaft und Auto	
jährlich Summa:	40 000 Mk.
monatlich	3 333,— Mk.
täglich (300 Arbeitstage)	133,— „
stündlich	16,62 „

Proletarier-Lohn:

Angestellter: jährlich		1806,— Mk.
monatlich	150,— Mk.	
täglich	6,— „	
stündlich	0,75 „	
Metallarbeiter: jährlich		1506,— „
wöchentlich	22,08 „	
täglich	3,68 „	
stündlich	0,46 „	
Schneiderin in Halle (48 Stunden) jährlich		399,— „
wöchentlich	8,— „	
täglich	1,33 „	
stündlich	0,17 „	
Erwerbsloser mit Frau und 2 Kindern jährlich		288,60 „
wöchentlich	5,55 „	
täglich	9,92 „	
stündlich	0,115 „	

Vorstehendes ist das Jahreseinkommen eines Arbeitslosen unter den günstigsten Bedingungen. In den meisten Fällen ist es weniger.

Ihre Arbeit

1. Für 22 000 Mark Spaziergänge, Konzerte, Bourgeoisie-Vergnügen.
2. Für 6000 Mark freie Eisenbahnfahrt.
3. Für 12 000 Mark Polizeikommandant gegen Kommunisten im Landtag.
4. Für ? Mark Kuponabschneiden? Spekulation?

Für seinen Hungerlohn 10 Stunden Arbeitszeit, schuften bei Margarinebrot, anschnauzen lassen, gehorchen, auf die Straße fliegen und dem Elend preisgegeben.

Zwei Feinde!

Leinert:

Leinert ist der durch das Vertrauen seiner Arbeitskollegen emporgelieferte Proletarier!

Leinert hat das Vertrauen mißbraucht, seine Kollegen verraten und irregeführt!

Leinert ist ein Bourgeois geworden, er hat sich verkauft!

Leinert ist ein Feind der proletarischen Klasse, aber Mitglied der Sozialdemokratischen Partei!

Der Proletarier:

Der Proletarier lebt noch heute in erbärmlichen, täglich schlechter werdenden Verhältnissen!

Der Proletarier hält mit seinen Arbeitskollegen zusammen, Solidarität ist oberstes Gebot!

Der Proletarier ist der Feind der Bourgeoisie, er bekämpft sie mit allen Mitteln.

Der Proletarier ist ein Klassenkämpfer und gehört in die KPD.!

Entscheide Dich!

Gehst Du mit Leinert und der SPD. oder mit den Proletariern?

Opfer der Autoraserei

Am 22. Juni d. J., abends gegen 10½ Uhr, wurde in Trotha der Laternenanzünder Reinhold Röhm von einem im rasenden Tempo daherkommenden Auto überfahren. Die Verletzungen Röhms waren so schwer, daß er am anderen Morgen starb. Der Kraftwagenführer und Expedient der Brotfabrik Schubert, Oskar Agde, welcher diesen Unglücksfall verschuldet, hatte sich nun vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung mit tötlichem Ausgang zu verantworten. Der Angeklagte gibt an, von einem Unglücksfall nichts zu wissen. Er habe an jenem fraglichen Abend mit noch einigen Bekannten eine Spazierfahrt nach Westin unternehmen wollen und sei dann in Morl von einem Landjäger angehalten, weil er ohne Beleuchtung gefahren sei. Tatsächlich ist die tolle Fahrt aber schon in Halle aufgefallen; so gibt ein Schneidermeister an, daß der Angeklagte aus der Portstraße mit derartiger Geschwindigkeit in die Reilstraße eingebogen sei, daß er sich mit seiner Frau nur durch schnelles Beiseitespringen vor dem Ueberfahrenwerden retten konnte. Der Angeklagte will von diesem Vorfall nichts bemerkt haben. Der Zeuge, Polizei-Wachtmeister Thielemann, sagt aus: „Er habe an jenem fraglichen Tage Dienst auf der Trothaer Straße gehabt. In einiger Entfernung habe er die leuchtende Laterne eines Radfahrers auf sich zukommen sehen. Gleich darauf habe es einen Krach gegeben und aus der Dunkelheit sei vor ihm plötzlich ein Auto aufgetaucht, welches nicht beleuchtet war. Er habe dann dieses Auto angerufen, hätte aber zur Seite springen müssen, da das Auto immer zickzackmäßig gefahren sei. Er habe dann etwas geahnt und sei zur Unglücksstelle geeilt. Hier habe er dann den Röhm mit gespaltenem Schädel aufgefunden. Das Gehirn sei aus dem Schädel gequollen." Aehnliche Angaben machen die übrigen Zeugen, welche sich sämtlich in der Nähe der Unfallstelle befanden. Einige geben sogar an, nach dem Zusammenstoß, aus dem Innern des Autos die Worte vernommen zu haben: „Weiterfahren, weiterfahren!" Der Angeklagte will von allem diesen nichts wissen. Er habe in Trotha nur einmal ein Klirren gehört, als sei seine Laterne entzwei gegangen. Tatsächlich ist diese auch durch den Zusammenstoß zerbrochen.

Der Staatsanwalt sieht den Angeklagten aber für überführt an und beantragt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Wochen. Der Verteidiger glaubte besonders darauf hinweisen zu müssen, daß der Angeklagte Kriegsteilnehmer sei und „dem Vaterland gegenüber immer seine Pflicht getan habe" und beantragte Freispruch, da dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, daß er den Unglücksfall tatsächlich bemerkt habe. Nach längerer Beratung schloß sich aber das Gericht den Ausführungen des Staatsanwalts an und verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Wochen.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

eGmbH., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Sonntag, den 28. September 1924, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark", kleiner Saal:

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Lage der Produktiv-Genossenschaft
2. Beschlußfassung über die Eröffnungs-Goldbilanz

Wir bitten unsere Mitglieder, zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert

Für den Aufsichtsrat: Richard Schneiter

Gift fürs Proletariat

Arbeiter- und Angestelltenkurse der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle. Die am 29. September beginnenden und sich über vier Wochen erstreckenden Kurse, die in grundlegende Fragen des Rechts und der Wirtschaft einführen sollen, finden im Melanchthonianum der Universität statt. Teilnehmerkarten sind daselbst beim Amtsgehilfen zum Preise von 5 Mk. zu haben.

*

Die Universität Halle tut auch was fürs „Volk". Die Universitätskurse sollen dem Proletarier bürgerlich-wissenschaftliche Bildung eintrichtern, sie zu antiproletarischem Denken erziehen unter der Maske der „neutralen" Wissenschaft. Diese Kurse sind Gift für den Proletarier.

12 Pfennig Stundenlohn

Folgende Bekanntmachung hängt in Diemitz im Amtskasten aus:

„Nach Zöberitz werden zum Einernten von Gemüse auf längere Zeit 5 Frauen gesucht. Die Entschädigung beträgt 12 Pf. pro Stunde und Deputat.

Meldungen sind beim Arbeitsnachweis des Saalkreises in Halle, Luisenstraße 7, einzubringen. Unterschrift.

Es ist geradezu eine freche Provokation der Agrarier, Arbeiterfrauen einen Stundenlohn von sage und schreibe 12 Pf. anzubieten. Ein Lohn von 12 Pf. pro Stunde bedeutet für die Arbeiterfrauen nicht nur ungeheure weitere Verelendung, nicht nur Hunger und Kälte, das bedeutet auch, daß sie gezwungen werden, denen, die gerade über diese Tatsache und Folge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung am meisten motalisieren, ihren Körper zu verkaufen, um nur nicht Hungers zu sterben. Für die Arbeiterfrauen von Diemitz gilt es, auf keinen Fall zu den Zöberitzer Krautern, die in Zöberitz selbst keine Arbeiterinnen mehr bekommen und sich daher nach Diemitz wenden müssen, zu gehen. Mögen die Bauern für 12 Pf. Stundenlohn selbst ihr Gemüse ernten!

Kommunistische Jugend

Morgen, Donnerstag, abend ½8 Uhr, in der Produktiv wichtige Zusammenkunft der Funktionäre.

Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkspark" außerordentliche Mitgliederversammlung. Thema: Gewerkschaftsfrage.

Restloses Erscheinen der gesamten Mitgliedschaft ist dringend notwendig; es gilt, Stellung zu nehmen zu den Beschlüssen der letzten Weltkongresse.

* **Gemeinschaft proletarischer Freidenker.** Unsere Mitglieder werden ersucht, sich an der Kinderhilfswoche der IAH. zur Schaffung von Kinderheimen zu beteiligen. Durch generellen Beschluß auf der Hauptversammlung zu Ostern in Leipzig ist der korporative Anschluß vollzogen worden und deshalb jedes Mitglied verpflichtet, sich in den Dienst der Sache zu stellen.

DAS WORT Aus dem Inhalt der Nr. 108: Der Angriff auf China. Rußland und der chinesische Krieg. Die deutsche Niederlage an der Marne. Die Marneschlacht. Schutz der Republik — die große Mode. Das Wesen der politischen Morde in der deutschen Republik. Europäische „Kultur" für China. Schiffsweg Frankfurt — London. Bürgerbarometer. Bücher, die „Das Wort" erhielt. Feuilleton: Der Führer. Der Schriftsteller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront im Provinziallandtag

Merseburg, 17. September.

Gestern vormittag fand im Merseburger „Ständehaus" die Eröffnung des Provinziallandtages statt. Die erste Sitzung war nur von kurzer Dauer. An Stelle des erkrankten Oberpräsidenten Hörsing hielt sein Stellvertreter, Regierungsrat Hausmann, die Eröffnungsansprache, in der er auf die seit der letzten Tagung wesentlich veränderte innen- und außenpolitische Lage verwies, die immer größere Betriebseinschränkungen und immer größere Arbeitslosigkeit zur Folge habe. Die deutsche Volksvertretung habe in ihrer überwiegenden Mehrheit das Dawes-Gutachten angenommen. Die Folgen seien bereits in verschiedener Hinsicht zu spüren: Freie Zollinie, Abbau der Regie, Oeffnung der Gefängnisse für treue deutsche Männer. (Zurufe der Kommunisten.) Er verwies dann noch auf die Unwetterschäden in unserer Provinz. **Die Hoffnung auf eine gute Ernte sei gering.**

Nach der Eröffnungsansprache erfolgte die

Wahl des Präsidiums

Die Namensfeststellung ergab die Anwesenheit von 107 Abgeordneten. Die **kommunistische Fraktion** schlug den Genossen Fiedler als **Vorsitzenden** vor, die SPD.-Fraktion Beims. **Die bürgerliche Vereinigung ließ erklären, daß sie für Beimes stimme! Bei der Wahl erhielt sodann Beims 81 Stimmen, Fiedler 15. Die Einheitsfront von rechts bis zu dem sogenannten „linken" Flügel der Sozialdemokratie war also hergestellt! Natürlich erwiesen sich die „Sozialdemokraten" dankbar.**

Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden stimmte die große Mehrheit der Sozialdemokraten für den Volksparteiler Zehle.

Dieser erhielt 62 Stimmen, der von der KPD. wiederum vorgeschlagene Abgeordnete Fiedler 34 Stimmen. Die „linken" Sozis hatten sich denn doch etwas geschämt und für den Kommunisten gestimmt. Im Vorstand des Landtags ist die **kommunistische Fraktion** durch einen Schriftführer und einen Beisitzer vertreten.

Die übrige Tagesordnung war unwesentlicher Natur.

Heute, Mittwoch, soll die **Wahl des Landeshauptmanns** vorgenommen werden. Wie der Vorsitzende mitteilt, ist ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung eingegangen, die **Wahl zu vertagen.** Es ist eine lebhafte Debatte zu **erwarten.**

Was will der Hans-Siegfried-Orden?

Dem „Siedlungsboten", Organ der Opposition des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung, entnehmen wir folgenden Artikel:

Der Bundesvorsitzende Hoeft ist augenblicklich Ordensgehilfe des Hans-Siegfried-Ordens und agitiert als solcher für die Gründung von Arbeitsgemeinschaften, die dem Hans-Siegfried-Orden unterstellt sind. Er versucht natürlich den Bauliedlern glaubhaft zu machen, daß nur mit Hilfe dieser Organisation das Bauen möglich ist. Sehen wir uns die Verfassung dieser Arbeitsgemeinschaften an, so finden wir darin die größten Verpflichtungen für die Mitglieder, seien sie finanzieller Art oder Anforderungen an die Arbeitskraft. (Arbeitsleistungen täglich mindestens zwei Stunden.) Sehen wir uns dagegen die Rechte an, so sehen wir hier, daß alle Beschlüsse und Maßnahmen nur gültig sind, wenn sie der Ordensgehilfe bestätigt. Dieser Ordensgehilfe wird aber nicht von den Mitgliedern gewählt, sondern vom Ordenspfleger ernannt. Der Hans-Siegfried-Orden verspricht zwar, sich mit einem Riesenkapital von 15 und mehr Millionen Goldmark für die Bautätigkeit einzusetzen. Aber auch nichts weiter als Versprechungen, feierliche Verpflichtungen liegen vor. Wer bürgt den Mitgliedern dafür, daß sie, nachdem sie ihren Eintritt von 25 Goldmark und ihren wöchentlichen Beitrag von 50 Goldpfennigen entrichten, das fehlende Kapital zu annehmbaren Bedingungen vom Ordenspfleger bekommen. Wir fragen alle Baulustigen, habt Ihr schon einmal einen Besitzenden gefunden, der Euch aus purer Menschenliebe geholfen hat?

Und wenn Euch wirklich der Orden hilft, überlegt Euch, wie lange Ihr arbeiten müßt, um Euch Euer Häuschen abzuarbeiten. Nehmen wir den günstigsten Fall. Ihr hättet einen Stundenlohn von 80 Pfennigen, dann würde Euch die Arbeitsstunde von 1,20 Goldmark angerechnet; das macht dann täglich 2,40 Goldmark. Um 15 000 Goldmark (das ist der Preis eines Einfamilienhauses) abzuarbeiten, müßt Ihr 6250 Tage mal zwei Stunden, das sind 12 500 Arbeitsstunden, leisten. Das würde bei täglicher Arbeit eine Zeit von über 17 Jahre in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit müßt Ihr aber wöchentlich 50 Pfennige Beitrag entrichten. Das macht im Jahre 26 Goldmark aus, in 17 Jahren 442 Goldmark. Dazu kommt noch 25 Goldmark Eintritt und außerdem müßt Ihr auch noch nach Fertigstellung des Hauses immer weiter bis an Euer Lebensende den wöchentliche Beitrag zahlen; das kann, wenn Ihr lange lebt, den Preis des Hauses noch auf Tausende von Goldmark erhöhen. Wenn Ihr aber denkt, das Haus ist nach allen diesen Leistungen Euer Eigentum, dann befindet Ihr Euch in einem Irrtum. Denn der Grund und Boden, auf dem das Haus steht, bleibt für immer Eigentum des Hans-Siegfried-Ordens; und nach dem bürgerlichen Gesetzbuch gehört demjenigen das Haus, dem der Boden gehört.

Bei diesen Tatsachen müßt Ihr Euch sagen, hier ist nichts von Menschenliebe und Uneigennützigkeit zu spüren, sondern hier will ein Kapitalist sein Geld anlegen, das sich dauernd gut und sicher verzinsen soll. Ueberlegt es Euch, ob Ihr Herrn Hoeft bei diesem Plan Gefolgschaft leisten wollt. **Herr Hoeft selbst macht nur unter den Bedingungen mit, daß ihm von den Eintritts- und Beitragsgeldern 10 Prozent für seine persönliche Mühewaltung gegeben werden. Das macht bei der Rechnung von einer Million Mitgliedern im ersten Jahre 5,1 Million Goldmark aus. Ein rentables Geschäft, nicht wahr?**

Einladung

Die **Opposition** des **Reichsbundes für Siedlung und Pachtung** beruft hiermit eine

außerordentl. General-Versammlung

zum **Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr, ins Restaurant „Zum alten Askanier", Berlin, Anhaltstraße 11** (Nähe Anhalter Bahnhof) ein.

Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt festgesetzt:

1. **Wahl der Versammlungsleitung.**
2. Beschlußfassung über neue Bundessatzungen (Referent Herr Engewicht).
3. Wahl einer neuen Bundesleitung (Referent Herr Richter).
4. Stand des Volksbegehrens und der Siedlungsgesetzgebung (Referent Herr Kersten).

Alle Mitglieder des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung müssen unbedingt erscheinen, um endlich in unserem Bund Klarheit und Ordnung zu schaffen.

Die Oppositionsleitung.

Bezirkskonferenz der Kommunistischen Jugend Halle-Merseburg

Die Konferenz wurde am Sonnabendabend 8 Uhr eröffnet. Zum Bericht über den Weltkongreß der KJ. und der KJI. erhielt ein Vertreter der Z das Wort. Nach einem kurzen Ueberblick über die weltpolitische Lage führte der Referent ungefähr aus:

In Deutschland steht gegenwärtig im Vordergrund die pazifistisch-demokratische Aera. In Sowjet-Rußland hat sich die Lage der Arbeiterschaft wesentlich gebessert. Ebenso ist ein Aufschwung in der Lage der Bauernschaft zu verzeichnen. Der Redner stellt die Lügen der SPD. über den Aufstand in Georgien fest, welche vom Völkerbund indirekt gefördert und von den Menschewisten und den georgischen Adligen angezettelt wurde.

Die größte Schandtat, die die Bourgeoisie jemals ausgeheckt hat, ist der Räubervertrag von London. Dieser Vertrag bedeutet die vollständige Kolonisierung Deutschlands. Wir werden in kürzester Zeit einen Abbau der deutschen Industrie und somit eine weitere Verelendung des deutschen Industrieproletariats zu verzeichnen haben. Diese Lage ergibt neue Perspektiven zur Revolution. Aus all diesen obenerwähnten Verhältnissen ergeben sich aber auch bestimmte Schlußfolgerungen für unseren Jugendverband. Die Kongresse der KJ. und der KJI. betonen ausdrücklich, daß wir von nun an ganz konsequente kommunistische Politik und Arbeit betreiben müssen. Die Parteidiskussionen, die in diesen Sektionen der KJ. in der Zeit vom 4. zum 5. Kongreß der KJ. stattgefunden haben, sind alle zum guten Ende mit nur geringen Schäden für die einzelnen Parteien geführt worden. Zur Frage der Einheitsfrontaktik ist sich der Kongreß der KJI. einig, daß vor allen Dingen in den Betrieben die Einheitsfrontaktik praktisch durchgeführt werden muß. Die Parole der Einheitsfront ist anzusehen als eine Taktik in der Mobilisation der Arbeitermassen. Die Losung: Arbeiter- und Bauernregierung kann man nur als ein Pseudonym der Herrschaft des Proletariats betrachten.

England erweckt Illusionen in den Reihen der Sozialdemokraten. Wir können aber trotzdem feststellen, daß die kommunistische Opposition in der englischen Arbeiterpartei von Tag zu Tag erstarkt. Auch in den englischen Gewerkschaften ist eine starke Linksorientierung zu verzeichnen. Der Gewerkschaftskongreß, welcher kürzlich in Wien stattfand, kann uns dieses nur bestätigen. Von seiten der Komintern ist darum eine starke Unterstützung der englischen kommunistischen Partei notwendig. Treibem ist und bleibt Deutschland der Hauptstützpunkt der proletarischen Revolution. Die Lage in Frankreich und insbesondere die der KPF. und KJF. ist nach dem Weltkongreß eine sehr günstige. **Die KPF. und KJF. hat in der letzten Zeit** einen außerordentlichen Mitgliederzuwachs erhalten.

Zur Gewerkschaftsfrage berichtet der Vertreter der Z. eingehend über Losovsky's Referat. Unsere Parole lautet jetzt: **Hinein in die Gewerkschaften,** alle Sonderorganisationen müssen liquidiert werden. Auch der Kongreß der KJI. hat sich die Durchführung der Beschlüsse in der Gewerkschaftsfrage als Hauptaufgabe gestellt. Als Beweis, daß die Beschlüsse des Kongresses trotz aller Schwierigkeiten auch bei uns durchgeführt werden können, führt der Referent den Bezirk Oberschlesien an, wo einer kleinen freigewerkschaftlichen Organisation eine große revolutionäre Oppositionsorganisation gegenübersteht, wo von 100 000 Proletariern dort nur 3000 freigewerkschaftlich organisiert sind, dieselben einmütig beschlossen haben, wieder in die Organisation der freien Gewerkschaften einzutreten, und zwar soll die restlose Organisierung bis zum 1. Oktober dieses Jahres stattfinden. Dieser Beschluß findet insbesondere Anwendung für die Mitglieder der Kommunistischen Jugend des dortigen Bezirkes.

Die Delegierten, welche auf der heutigen Konferenz vertreten sind, müssen sich nach ihrer Rückkehr in die Ortsgruppen mit aller Kraft für die Durchführung der Beschlüsse der beiden Kongresse einsetzen.

Der 4. Weltkongreß der KJI. konnte eine Zunahme der politischen Aktivität der kommunistischen Jugendorganisationen feststellen. **Die KJI. ist organisatorisch gewachsen. Ueber eine Million Mitglieder marschieren unter dem Banner der KJI.**

Neue Sektionen, wie Afrika, haben sich der Kommunistischen Jugendinternationale angeschlossen.

Während die Sozialistische Jugendinternationale nur europäische Jugendorganisationen erfaßt, ist die KJI. über den ganzen Erdball verbreitet.

Eine besondere Bedeutung legte der Weltkongreß der KJI. der Propaganda unter der Landarbeiterjugend bei. In Deutschland ist in dieser Frage noch nicht genügend Arbeit geleistet worden. Als besonders wichtige Unterschriften sind uns in Deutschland gestellt eine stärkere Aktivisierung des Verbandes in den aktuellen Tagesfragen. Endlich muß die Stärkung der Organisation durch die Umstellung auf die Betriebszellen vor sich gehen. Als Vorbild für die Arbeit in den Betriebszellen kann uns der Bezirk Berlin-Brandenburg dienen, welcher die restlose Umstellung der Organisation auf die Betriebszellen bis zum 1. Oktober durchzuführen, beschlossen hat. Alle vorhandenen Mängel in unserem Bezirk in dieser Frage müssen schnellstens beseitigt werden.

Zum Schluß führt der Referent aus, daß alle Kongresse feststellen konnten, daß die kommunistische Bewegung ein gutes Stück vorwärts gekommen ist. Für die Zukunft ist unsere Aufgabe, noch mehr als bisher: **Heran an die Kleinarbeit, zur Organisierung der Revolution,** um das Werk, welches die russischen Genossen angefangen haben, zu vollenden.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Eine Resolution, welche wir am Schlusse des Berichtes folgen lassen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Nach dem Referat fand eine sehr rege Diskussion statt. Die Mehrzahl der Diskussionsredner sprachen sich für die Durchführung der Beschlüsse aus. Im Schlußwort berichtigt der Referent irrige Auffassungen und widerlegt an Hand von Beweisen die Widersprüche einzelner Diskussionsredner. Des weiteren machte er noch einige Ausführungen über die Stellung Lenins zur Gewerkschaftsfrage und führte aus, daß es auch den russischen Genossen gelungen war, die noch mehr reformistischen Gewerkschaften in Rußland zu erobern. Auch wir in Deutschland müssen diese schwere Arbeit bewältigen.

Auch die französischen Genossen haben den Fehler der Isolierung in gewerkschaftlichen Sondererganisationen eingesehen und kehren zurück in ihre alten Gewerkschaftsorganisationen.

Sonntagssitzung. Die Konferenz wird vormittags um ½10 Uhr eröffnet. Ein Genosse gibt den **Bericht über die Arbeit der Bezirksleitung** in den vergangenen Monaten. Große organisatorische Mängel sind in unserem Bezirk zu verzeichnen gewesen. Doch können wir ruhig sagen, daß in der letzten Zeit ein Aufschwung in dieser Beziehung stattgefunden hat. **Der Streik der Jungarbeiter in Mansfeld** mußte versagen, weil die KJ. nicht genügend in den Betrieben verankert war. Auch die erwachsene Arbeiterschaft hat den Streik der Mansfelder Jungarbeiter nicht genügend unterstützt. Die Konferenzen der arbeitenden Jugend haben nicht die gewünschten Ergebnisse gezeitigt.

Voraussetzung für eine gute Arbeit der Bezirksleitung ist, die Unterstützung und Berichterstattung aller Unterbezirke.

Die Sacherständigenkampagne ist durch eine teilweise Passivität der Ortsgruppen, welche oft schlechte Vorbereitungen für die Versammlungen getroffen haben, nicht gut durchgeführt worden. **Wir haben aus all diesen Erfahrungen für die Zukunft zu lernen.**

Versammlungen können nur durch vorherige Benachrichtigung der Bezirksleitung angesetzt werden, da dieselbe nicht in der finanziellen Lage ist, alle „wild" angesetzten Versammlungen mit Referenten zu versorgen. Fest steht trotzdem, daß die Bezirksleitung beinahe alle Gruppen im Bezirk besucht hat; die Kontrollversammlungen sind überall durchgeführt worden.

Die zurzeit wichtigste Frage ist die Kampagne gegen die Einführung des **Arbeitsdienstpflichtjahres.** Das Mühlen der gegnerischen Jugend für das Arbeitsdienstpflichtgesetz muß uns ein Ansporn für die künftige Arbeit sein. (86)

Der **Internationale Jugendtag** stand im Zeichen des Kampfes gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr. Auch hier müssen wir feststellen, daß die Vorbereitungen zum Jugendtag nicht immer genügten. Es haben sehr wenig Betriebsversammlungen in der Vorbereitungswoche zum Jugendtag stattgefunden. In unserem Bezirk ist momentan noch eine große Passivität vorherrschend. **Diese zu beheben,** muß unsere erste Aufgabe in der nächsten Zeit sein.

In der **Diskussion** berichten die Vertreter der einzelnen Unterbezirke über den Stand in ihren Ortsgruppen. Nach kurzer Debatte über den Bericht der Bezirksleitung sprach ein Genosse über **unsere zukünftige Arbeit.**

Die Lage im Bezirk bedingt die Durchführung der Kongreßbeschlüsse in der Gewerkschaftsfrage und Betriebszellenfrage. Wir Kommunisten müssen die künftigen Kämpfe der Arbeiterschaft führen und unterstützen. Wenn wir in die Gewerkschaften eintreten, so nicht deshalb, um mit den Sozialdemokraten reformistische Politik zu betreiben sondern um an die in den freien Gewerkschaften organisierten vier Millionen Arbeiter heranzukommen und sie über ihre Lage aufzuklären. Wir Kommunisten werden in den Gewerkschaften mehr als bisher für unsere Forderungen eintreten und in unserem Sinne arbeiten. Fraktionsfreiheit muß auch uns in den Gewerkschaften gewährt werden.

Zur Frage der **Bildungsarbeit** führt der Referent aus, daß in unserer Organisation ein großer Mangel an Funktionären, welche politisch gut durchgebildet sind, herrscht. Desgleichen fehlt es an geeigneten Referenten. Wir werden deshalb schon in den nächsten Wochen **Bildungskurse einrichten,** welche aber nicht als Spinnistreklubs aufgefaßt werden dürfen, sondern wo kurz über die wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung und über die Theorien der kommunistischen Weltanschauung gesprochen werden soll. Diese Kurse sollen der Grundstein sein zur Anregung der **praktischen Bildungsarbeit** in den einzelnen Gruppen des Bezirkes.

Der Arbeit unter der **Landarbeiterjugend** muß mehr Augenmerk geschenkt werden. Wir müssen uns auf die Psyche der Bauernjugend einstellen bei deren Aufklärung.

Die **Betriebszellenarbeit** muß trotz der Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, mit allen Kräften gefördert werden. Wo legale Betriebszellenarbeit unmöglich ist, muß dieselbe illegal durchgeführt werden. Jedes Mitglied der KJ. im Betriebe muß zu gleicher Zeit Vertrauensmann in demselben sein. Wir müssen in dieser Frage Hand in Hand mit der erwachsenen Arbeiterschaft arbeiten. Jeder Kommunist muß Agitator und Hetzer sein, um die Passivität der Massen zu beseitigen. **Die Durchführung der Revolution ist unmöglich ohne Betriebszellenarbeit.**

Die **Diskussion** stellt einmütige Auffassung in der Gewerkschaftsarbeit fest. Der Arbeitsplan der Bezirksleitung wird lebhaft begrüßt.

Im Schlußwort macht der Referent noch einige wichtige Ausführungen über den Literaturvertrieb und unsere Arbeit in den Sport- und Kulturorganisationen. Wir müssen in allen Organisationen, wo Arbeiter sind, unsere kommunistische Propaganda treiben. Die Partei muß die Jugend in allen ihren Arbeiten in der Zukunft mehr als bisher verstehen lernen und ihr tatkräftige Unterstützung angedeihen lassen.

Die bisher sehr schlechte Zusammenarbeit mit der Partei speziell in unserem Bezirk muß in Zukunft besser werden. Die KJ. ist ein Glied der Kommunistischen Partei, und haben die beiden immer und überall zusammenzuarbeiten. Es ist erfreulich, daß eine einige Auffassung in der Gewerkschaftsfrage zustande gekommen ist. Wer die Revolution will, muß die Linie, die die beiden Kongresse der KJ. und KJI. aufgezeichnet haben, durchführen helfen.

Nachdem in Punkt **Verschiedenes** allgemein organisatorische Fragen geregelt sind, wird die Sitzung nachmittags 5 Uhr mit dem Absingen der „Internationale" geschlossen.

*

Resolution.

Nach Entgegennahme des Berichtes vom 5. Kongreß der KJ. und 4. Kongreß der KJI. stellt sich die Bezirkskonferenz des Bezirkes Halle-Merseburg rückhaltlos auf den Boden der Beschlüsse.

Beschlüsse, nachdem diese Kongresse durch ihre politischen und taktischen Thesen die Debatten über die Einheitsfront und Arbeiter-Regierung so gelöst und abgeschlossen haben, daß jeder opportunistischen Auslegung dieser Thesen von vornherein ein Riegel vorgeschoben ist.

Diese Kongresse haben einen energischen Kampf gegen die in den verschiedenen Sektionen zutage getretenen opportunistischen und ultralinken Tendenzen geführt.

In der Gewerkschaftsfrage stellt sich die Bezirkskonferenz einmütig hinter die Beschlüsse des Weltkongresses, des MKJ.-Kongresses und des deutschen Gewerkschaftskongresses. Die Bezirkskonferenz verpflichtet jedes Mitglied sich bis zum 1. Oktober freigewerkschaftlich zu organisieren, bis zum 1. November erkennt sie die unbedingte Zusammenfassung unserer Genossen zu Fraktionen an.

In diesem Sinne auf an die Arbeit zur Bolschewisierung der KJ.

Merseburg-Querfurt

Proleten werden wegen „Beamtenbeleidigung" bestraft — Völkische dürfen einen kommunistischen Ortsvorsteher ungestraft beleidigen

Tatsache des Bestehens einer Klassenjustiz sollte am Donnerstag die Amtsgerichtsverhandlung drastisch beleuchten. Der Maurer St. in Geusa glaubte, er habe die Beiträge für die Landwirtschaftliche Genossenschaft zweimal bezahlen müssen. Daher schrieb er einen Brief an den Landrat, in welchem er hinsichtlich des Gemeindevorstehers berichtete, der Landrat möchte diesem Gauner etwas auf die Finger gucken. Der Strafbefehl von 50 Mk. Geldstrafe wegen „Beamtenbeleidigung" wurde bestätigt. In der darauffolgenden Strafsache wurde ebenfalls ein Fall von Beamtenbeleidigung behandelt gegen den Bäckermeister Müller, den Buchdruckereibesitzer Kutzleb und den Molkereibetriebsleiter Dechow, sämtlich in Dürrenberg. Der Klage lag folgendes zugrunde: In der Dürrenberger Zeitung waren mehrere Zeitungsinserate erschienen, welche eine Hetze gegen den Amtsvorsteher Genossen Schmöller enthielten. Der Bäckermeister Müller war der Auftraggeber dieser Inserate. Dechow hatte gegen Genossen Schmöller öffentliche Beleidigungen ausgesprochen. Die Verteidigung der Beleidiger des kommunistischen Ortsvorstehers hatte einen großen Zeugenapparat aufgeboten. Die Angeklagten glaubten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt zu haben, als sie zu dem Mittel der öffentlichen „Anprangerung" schritten. Die Zeugen, welche die Verteidigung geladen hatte, holten alle Vorkommnisse nach der Revolutionszeit aus der Rumpelkammer hervor. Man konnte einmal sehen, daß diese Herrschaften es absolut nicht ertragen können, wenn sie genau so behandelt werden, wie man in anderen Orten die Arbeiterschaft andauernd behandelt.

*

Die Verhandlung verlief wie folgt:

Wegen Beamtenbeleidigung standen vor dem Merseburger Amtsgericht angeklagt: 1. der Buchdruckereibesitzer P. Kutzleb als verantwortlicher Redakteur der Dürrenberger Zeitung, 2. Molkereibetriebsleiter Dechow, Dürrenberg und 3. Bäckermeister Otto Müller, Porbitz. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, den Amtsvorsteher Genossen Schmöller durch mehrere Zeitungsinserate beleidigt zu haben.

Die Verteidigung hatte einen großen Zeugenapparat aufgeboten, um zu beweisen, daß durch die parteiische Amtsführung Schmöllers das Bürgertum sich bedroht gefühlt hätte und der sonst so friedliche blühende Kurort und der ganze Amtsbezirk wirtschaftlich zugrunde gerichtet worden sei, die Ruhe und Ordnung sei seit Schmöllers Amtsantritt gestört gewesen, da alle Eingaben an die Behörden erfolglos geblieben seien und die Angeklagten in Wahrung berechtigter Interessen in höchster Not und Bedrängnis in den Zeitungsinseraten ihre Rettung gesucht, Schmöller sei ein gefährlicher Putschist sowie unfähig zur Bekleidung eines so wichtigen Amtes. Als letzter Zeuge wurde Amtsvorsteher Schmöller aufgerufen. Der Einzelrichter schritt sofort zur Eidesleistung und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0006

sprach den Eid vor: „Ich schwör bei Gott usw." Der Zeuge erklärte, diese Eidesformel lehne er ab usw. — Schon die ganze Verhandlung zeigte, daß der kommunistische Kläger als Angeklagter erschien. Lautete doch die erste Frage des Richters: „Wie viel mal sind Sie vom Amte suspendiert?" Genosse Schmöller erklärte, er sei gezwungen, die Vorkommnisse im Zusammenhange klarzulegen, um dem Gericht ein objektives Bild von den Verhältnissen in Dürrenberg zu geben. Denn der Verlauf der Verhandlung sowie der aufgebotene Zeugenapparat lasse klar erkennen, daß hier ein einseitig-tendenziöses Bild gegeben worden sei. Es sei notwendig, die Gründe, die die Angeschuldigten zur Beleidigung bewogen hätten, zu erörtern. Wenn es richtig sei, daß wir in einer Demokratie leben, so hätten sich die rechtsstehenden Kreise damit abfinden müssen, daß er durch den Kreistag mit Stimmenmehrheit gewählt worden. Der Richter unterbrach den Genossen Schmöller und erklärte: „Sie sind hier nicht Staatsanwalt, sondern nur Zeuge." Der Verteidiger plädierte auf Freispruch, da die Angeschuldigten nicht die Absicht der Beleidigung gehabt hätten. Sie hätten vielmehr das „hehre" Ziel gehabt, dem früher so friedlichen Bezirk die „Ruhe und Ordnung" wiederzugeben und von einem Putschisten à la Schmöller zu „erlösen". Der Richter machte sich im großen ganzen diese Auffassung zu eigen und **sprach die Angeklagten frei,** da eine Absicht zu beleidigen auf Grund der Beweisaufnahme nicht angenommen werden könne. Bezüglich Dechow sei dieser zuerst angegriffen (?!) worden, wenn auch die Worte von ihm „machen Sie doch keinen Mist" gebraucht worden seien, so rechtfertigt sich dies in der Abwehr. Denn wie es in den Wald hineinschallt, hallt es zurück!!

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß Genosse Schmöller einen Brief zur Sprache brachte, welcher ein Schlaglicht auf die löbliche Absicht seines Verfassers im Gegensatz zu seinem angeblich löblichen Tun wirft.

Geusenhilfe des Jungdeutschen Orden,
Bruderschaft Dürrenberg

Rechtsanwalt Dr. Peukert, Merseburg.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihrem Wunsche gemäß übersende ich Ihnen beiliegendes Schreiben des „Volksblattes" mit der Bitte um Weiterverfolgung. Unser Kapitel „Schmöller", wovon ich Ihnen schon Andeutungen machte, denken wir nunmehr mit Erfolg in Gang bringen zu können, da gestern seitens der Geusenhilfe eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung und Bedrohung mit der Waffe im gefüllten Saal, ergangen ist. Den Roman selbst werden Sie im Laufe der nächsten Tage in sämlichen rechtsgerichteten Zeitungen finden.

Mit treudeutschem Gruß
Ihr sehr ergebener Dechow.

Die Sache ist allerdings nicht in Gang gekommen, denn der Roman endete anders, Schmöller wurde sogar von einem Severing wieder eingesetzt. Die Anzeige führte allerdings zu Vernehmungen, aber bis heute hat die Staatsanwaltschaft nichts wieder von sich hören lassen. Deshalb fragen wir hiermit an, wie weit die Anklage wegen Aufruhrs, Widerstands gegen die Staatsgewalt jetzt endlich gediehen ist. Der Jungdeutsche Orden veranstaltete unter dem Deckmantel einer Wohltätigkeitsvorstellung einen sogen. „Deutschen Abend". Der Landrat schrieb hierzu: „Nach den hier vorliegenden Merkmalen glaube ich bestimmt annehmen zu können, daß es sich um eine öffentliche politische Kundgebung handelt. Nach den vom Wehrkreiskommando gegebenen Anordnungen sind öffentliche politische Veranstaltungen nur mit meiner Genehmigung gestattet. Eine Genehmigung dieser Veranstaltung ist weder beim Amtsvorsteher noch bei mir eingeholt worden. Hiermit erteile ich Ihnen die nochmalige Anweisung, die heute abend beabsichtigte Veranstaltung des „Deutschen Abends" genau nach den Bestimmungen des Wehrkreiskommandos zu überwachen und im Falle der Bestätigung meiner Annahme, daß es sich hier um eine öffentlich-politische Veranstaltung durch den Jungdeutschen Orden und die ihm nahestehenden Verbände handelt, sofort zu verbieten".

Das Verbot kam und der Krach war da, die in der Gerichtsverhandlung so gerühmte „Ruhe und Ordnung", welche angeblich durch den kommunistischen Amtsvorsteher gefährdet war, schützen Herr Dechow und seine Anhänger dadurch, daß sie einen Münchener, namens Scherff, reden ließen. Dieser überbrachte Grüße ihrer Führer Ludendorff und Hittler, verherrlichte darauf den Münchener Putsch usw. Als deshalb der Redner von den Polizeibeamten heruntergeholt wurde, riefen die tapferen Streiter für Ruhe und Ordnung: „raus mit der Judenpolizei! Nieder mit der Judenregierung! **Schlagt den kommunistischen Amtsvorsteher tot!** Die Polizei hat uns nichts zu sagen!"

Und diese volksversklavenden Freiheitshelden finden in den Staatsanwälten dieser prachtvollen Republik ihre Stützen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Vom Stadtwohlfahrtsamt geht uns folgende Bekanntmachung zu: Auf Grund des § 45 des Reichs-Jugendwohlfahrts-Gesetzes vom 9. Juli 1922 ist mit Wirkung vom 1. Juni 1924 an bei dem hiesigen Jugendamt, Leopold-Kell-Str. 14, Zimmer 6, eine Beratungsstelle für die im Stadtkreis Weißenfels wohnhaften Einzelvormünder, Beistände und Pfleger eingerichtet worden. Dortselbst werden den genannten Personen sämtliche Auskünfte, die sich auf ihr Amt beziehen, erteilt, und zwar an jedem Mittwoch und Sonnabend während der Zeit von 11 bis 12 Uhr vormittags. Während der gleichen Zeit können sich werdende uneheliche Mütter dortselbst Auskunft holen. Zugleich weisen wir auf die bei dem hiesigen Stadtgesundheitsamt eingerichtete Schwangeren-Beratungsstelle hin, welche während derselben Zeit unentgeltlich benutzt werden kann.

Naumburg. Stadtverordnetenversammlung. Am Donnerstag, dem 18. September 1924, nachmittags 5½ Uhr, findet eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte zur Behandlung: 1. Einführung eines unbesoldeten Stadtrats. 2. Mitteilungen. 3. Verwaltungsgebühren-Ordnung. 4. Anfrage betr. Ratsweinbetrieb. 5. Vertrag mit den Riebeckschen Montanwerken. 6. Beihilfe für Teilnahme an einem Kursus. 7. Uniformierung der Polizeibeamten. 8. Ortssatzung betr. das Jugendamt. 9. Zurückstellung des Baues einer Leichenverbrennungsanlage. Geheime Sitzung.

Naumburg. **Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Sonnabend, den 20. Septbr. findet unsere fällige Mitgliederversammlung im „Goldenen Hahn", abends 8 Uhr, statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. **Mitgliederversammlung der KPD.** Sonntag abend referierte der Genosse Müller vor einer nicht sehr gut besuchten Mitgliederversammlung über den **Kampf gegen das Dawes-Gutachten.** Treffend zeigte er die Auswirkung des Vertrages auf die Arbeiterschaft. Er erinnerte an die jetzt einsetzende Kampagne und forderte alle Mitglieder auf, ihre letzten Kräfte zur Verfügung zu stellen. Zur Frage der „Roten Hilfe" wurden die Mitglieder aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Des weiteren wurden weitere Ausführungen zum Beitrag der IAH. gemacht. Sodann wurden noch einige Aenderungen in der Kassierung vorgenommen. Genosse Föckel stellte den Antrag, daß die Frauen der Genossen auf Grund der neuesten schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung infolge Durchführung des Dawes-Gutachtens in die Partei eintreten müssen. Genosse Engelhardt regt das Interesse für die Kindergruppe an. Der Frauenabend fällt nächste Woche aus. Genossin Hunstock gab weiter den Abbau der Lehrer an der Knabenvolksschule bekannt. Nach dem Schlußwort des Genossen Müller wurde die Versammlung geschlossen.

Volkstedt. Der Arbeiter-Radfahrerverein Vorwärts, Volkstedt, hat den **korporativen Beitritt zur Roten Hilfe** in seiner letzten Versammlung beschlossen.

Kelbra. Zur Nacheiferung. Bei der Geburtstagsfeier eines hiesigen Genossen wurden fünf Mark für die Rote Hilfe gesammelt.

Bitterfeld-Delitzsch

Aus dem Bitterfelder Stadtparlament

Der Erwerbslosenrat schildert den Stadtvätern die Not der Arbeitslosen

Die letzte Stadtverordnetensitzung war wieder überfüllt. Die meisten Besucher mußten stehen. Für den so schnell in die Versenkung gerutschten Stadtverordneten Methfessel (völk.) wurde der Gaswerksbuchhalter Grube von der sogen. „parteilosen Arbeitsgemeinschaft" eingeführt. Der zweite Tagesordnungspunkt war eine **Eingabe des Erwerbslosenrates.** Die kommunistische Fraktion und einige Mietervertreter hatten wegen dieses Punktes die Sitzung überhaupt erst möglich gemacht.

Der Vorsteher Dr. Kleinau verlas die Eingabe, und jeder vernünftige Mensch mußte sich sagen, daß die Bitterfelder Erwerbslosen sehr bescheiden sind und durchaus erfüllbare Forderungen aufgestellt hatten.

Der Genosse Taube stellte sofort den **Antrag, einen Vertreter der Erwerbslosen sprechen zu lassen.** Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, da auch vereinzelte Bürgerliche dafür stimmten.

Darauf schilderte der Erwerbslosenrat Scheidecker in längeren überzeugenden Ausführungen die **Not und das Elend der Erwerbslosen.** Es trat eine betretene Stille ein, die dadurch gelöst wurde, daß der Stadtverordnete Brauereidirektor Brömme an den „Wohlfahrtsminister" der Stadt, den zweiten Bürgermeister Lamscha (Soz.), die Frage richtete, wieviel Erwerbslose denn überhaupt in Frage kommen.

Lamscha erklärte, daß die Stadt Bitterfeld **ca. 290 Erwerbslose** habe, die **Unterstützung beziehen, ohne diejenigen, die ausgesteuert sind oder aus irgendwelchen Gründen keine Unterstützung beziehen.** Er erzählte auch, was die Erwerbslosen bekommen und was sie vor allen Dingen vergangenes Jahr bekommen hätten, während die Erwerbslosen mit Schrecken an das vergangene Jahr zurückdenken. Lamscha erlaubte sich sogar zu sagen, daß die Arbeitslosen voriges Jahr die **Annahme von Brot verweigert** hätten. Wie war es voriges Jahr, Herr Bürgermeister? Der Jungdeutsche Orden war bei den Geschäftsleuten fechten gewesen und stellte den Erwerbslosen die Hälfte des Gefochtenen zur Verfügung. **Eine starkbesuchte Arbeitslosenversammlung beschloß aber, dieses nicht anzunehmen, sondern den Geschäftsleuten zu empfehlen, wenn sie etwas für die Erwerbslosen tun wollen, so sollen sie sich entweder an den Erwerbslosenrat oder an das Arbeitsamt wenden und nicht den Erwerbslosen Almosen zukommen lassen ausgerechnet durch den Jungdeutschen Orden.** Und dieses, Herr Bürgermeister, machen Sie dieses Jahr den Erwerbslosen **zum Vorwurf! Komischer Standpunkt eines Sozialdemokraten!**

In dem weiteren Verlauf der Sitzung machten einige Stadtverordnete wahre Bocksprünge. **Der Stadtverordnete Spengler (Soz.) fühlte sich veranlaßt, mitzuteilen, daß es vor dem Kriege auch Arbeitslose gegeben hätte, und da habe es nicht einmal Erwerbslosenunterstützung gegeben.** Ein Entrüstungssturm ging durch das ganze Haus und manches Schimpfwort mußte der SPD.-Held einstecken.

Sein Kollege, Stadtverordneter Lebbin (Soz.), hielt es für richtig, mitzuteilen, daß es den Arbeitslosen gar nicht darum zu tun sei, alles zu erreichen, was sie gefordert hätten; auf einen Hieb fiele kein Baum. Ihm wäre das von seinen Zuträgern gesagt worden.

Genosse Taube sagte den Herren Sozialdemokraten bittere Wahrheiten und **erklärte im Namen der kommunistischen Fraktion, daß sie sämtliche Forderungen der Erwerbslosen anerkennen und dafür stimmen werden.**

Nach den sehr eigentümlichen Ausführungen der Herren Sozialdemokraten bekam die Debatte eine andere Wendung und die Mehrheit stimmte einem Antrag zu, den **Antrag der Erwerbslosen der Fürsorgekommission zu überweisen,** die zu diesem Zwecke um je ein Mitglied der darin nicht vertretenen Fraktionen verstärkt werden soll.

Ein Antrag, den Erwerbslosen eine sofortige einmalige Beihilfe von 20 Mark für die Verheirateten und 15 Mark für die Ledigen auszuzahlen, wurde mit derselben bürgerlichen Mehrheit an die Kommission verwiesen, da auch hier wieder der sozialdemokratische Bürgermeister Lamscha Bedenken hatte. Der Sozialdemokrat Spengler wollte aus gewissen Gründen die Summe auf 40 Mark erhöht wissen, zog aber seinen Antrag nach den Ausführungen des Bürgermeisters Lamscha zurück.

Eine recht komische Rolle spielte der Mietervertreter und Stadtrat Eckartsberg. Während die anderen Mietervertreter mit den kommunistischen Stadtverordneten bei jeder Abstimmung konform gingen, handelte er jedesmal anders. Die Gründe sind ziemlich greifbar.

Durch das Ergebnis der Abstimmungen verließ ein großer Teil der Zuhörer unter begreiflicher Empörung die Sitzung.

Bei dem nächsten Tagesordnungspunkt: „Aenderung der Friedhofsgebührenordnung", wurde die Magistratsvorlage mit knapper Mehrheit angenommen.

Der Stadtverordnete Dr. Hilland kann aus geschäftlichen Gründen nicht zum Provinzialstädtetag nach Harzburg fahren und schlägt deshalb den Stadtverordneten Dr. Brömme vor, welcher auch annimmt. Nun fahren von der drei Mann starken Fraktion Dr. Brömme zwei Mann nach Harzburg. Das Kriegsbeil zwischen der „Parteilosen Arbeitsgemeinschaft" und der Liste Brömme ist nun wahrscheinlich endgültig begraben.

Der letzte Tagesordnungspunkt: Kostenbewilligung für eine neue Lichtanlage im „Bürgergarten"-Theatersaal, wurde plötzlich vom Magistrat zurückgezogen, weil die Sache angeblich noch nicht so weit gediehen sei. Wir nehmen an, man schämte sich, ausgerechnet an diesem Tage dafür Gelder zu fordern, während man sich vom Magistratstisch aus bei der Erwerbslosenfrage so hinter die gesetzlichen Bestimmungen verschanzte.

Reinsdorf. Oeffentliche Volksversammlung. Am 13. September sprach in einer öffentlichen Versammlung in Reinsdorf der Genosse Hildebrandt über das Thema: London oder Moskau? Trotz des schwachen Besuches war eine große Aufmerksamkeit der Genossinnen und Genossen zu verzeichnen. Genosse Hildebrandt schilderte die weltpolitische Lage, insbesondere die Auswirkungen des Sachverständigengutachtens. Durch die Annahme des Sachverständigengutachtens verschlechtert sich die Lage des deutschen Proletariats. Die Sozialdemokraten haben zugestimmt, weil sie den Kampf gegen den Imperialismus, gegen das Kapital scheuen. Zum Schluß wurden die Beschlüsse des 5. Weltkongresses über die freien Gewerkschaften behandelt. Genosse Hildebrandt forderte alle Anwesenden auf, in die freien Gewerkschaften zurückzugehen. Folgende Resolution wurde mit vier Stimmenthaltungen angenommen: Die öffentliche Versammlung in Reinsdorf stellt sich **voll und ganz hinter die Beschlüsse des 5. Weltkongresses in Moskau.** Sie verpflichtet sich, voll und ganz dazu beizutragen, die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Ebenfalls verpflichtet sie sich, **sofort in die freien Gewerkschaften wieder einzutreten.**

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Am 12. September sprach in einer öffentlichen Versammlung in Wittenberg der Landtagsabgeordnete Kilian über die Auswirkung des im Reichstag angenommenen Sachverständigengutachtens. Der Referent zeigte an Hand seiner Ausführungen den Genossen, was sie von diesem Sachverständigengutachten zu erwarten haben. Er kennzeichnete weiter den Standpunkt der Sozialdemokratie, die mit ihrer Zustimmung zum Sachverständigengutachten ihre arbeiterfeindliche Politik nach wie vor fortsetze. Gegen diese Partei gelte es, den rücksichtslosesten Kampf durchzuführen. Weiter forderte er die anwesenden Genossen auf, sich an die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der KJ. zu halten, nach denen sie alle in die freien Gewerkschaften zurückzukehren haben. Kein Revolutionär dürfte sich außerhalb der freien Gewerkschaften stellen. Eine Diskussion fand nicht statt, obwohl einige SPD.-Anhänger erschienen waren. Sie finden niemals den Mut, uns gegenüber Farbe zu bekennen.

Kemberg. Ein Leseholzzettel drei Mark! Die Staatsforstverwaltung **Tornau verlangt 3 Mark für einen Leseholzzettel** für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. März 1925, also für ein halbes Jahr! Wenn man bedenkt, daß es gerade die ärmsten der Armen sind, die davon betroffen werden, dann muß man es als unerhörten Wucher bezeichnen, wenn der Staat den armen Leuten auf diese Weise das Geld noch abknöpft. Dafür wird es anderen reichen Leuten haufenweise in den Hals gesteckt. Ist denn alle Scham zu den Hunden geflohen? Trauriges „Vaterland"!

Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Die grundsatzlose SPD. Im Konsumverein Bockwitz scheint die SPD.-Bureaukratie tatsächlich von allen guten Geistern verlassen zu sein. In der Verkaufsstelle Grünewalde mußte der Lagerhalter Magister (SPD.) wegen eines beträchtlichen Defizits (3000 Mark) entlassen werden. Die Stelle des Lagerhalters wurde in den fünf Verkaufsstellen des Konsumvereins ausgeschrieben. Da eine große Zahl intelligenter Mitgliedergenossen arbeitslos sind, unter denen sicher einer geeignet ist, Lagerhalter zu werden, glaubte man allgemein, darunter einen zu finden. Allerdings ist dabei zu beachten, daß die arbeitslosen Konsummitglieder in der Mehrzahl Kommunisten sind. Kürzlich fand nun die Sitzung statt, welche die Anstellung eines Lagerhaltes beschließen sollte. Bewerbungen waren in großer Zahl eingegangen. Im Aufsichtsrat sind wir nur durch zwei Genossen vertreten. Diese schlugen unseren bewährten Genossen Tetzel (Mückenberg) vor; die SPD. nahm vier von ihren Spezies in die engere Wahl. Es erhielten Stimmen: Tetzel 3, Magister Nachf. 3, die anderen je 1 Stimme. Zwischen Tetzel und Magister mußte Stichwahl vorgenommen werden. Es erhielt dann Magister 7, Tetzel 3 Stimmen. Hier zeigt sich ganz deutlich, daß die SPD. nichts gelernt, sondern alles vergessen hat. Ausgerechnet Magister! Aber was sagen die Konsummitglieder von Grünewalde zu dem Umfall des Aufsichtsratsmitglieds Rosenbaum? Es sollte doch keiner aus dem Orte sein! Diese SPD.-Patrioten haben sich bei dieser Gelegenheit so im wahren Licht gezeigt, daß auch nicht ein einziger Arbeiter mehr über die arbeiterfeindliche Einstellung der hiesigen Genossenschaftsbureaukratie mehr im Unklaren sein kann. Unsere Genossen müssen daraus erkennen, wie unbedingt notwendig unsere Arbeit in der Genossenschaft ist. Bei der in kurzer Zeit zu erwartenden Generalversammlung darf auch nicht einer fehlen. Genossen, werdet Mitglieder und deckt Euren Warenbedarf im Konsum; beteiligt Euch an der Arbeit und wir werden in kurzer Zeit den Einfluß der SPD.-Bureaukratie überwunden haben! Im Interesse der revolutionären Arbeiterschaft!

Falkenberg. In seinen letzten Zügen liegt der nationalistische „Kreisbote". Wegen der geringen Abonnentenzahl wird er in nächster Zeit sein Erscheinen einstellen. Möge ihm die Erde leicht sein! Die Arbeiterschaft hat am „Kreisboten" nichts verloren.

Mückenberg. Opfer des Profits. Der Bauarbeiter F. Kallbach stürzte von einer Mauer mehrere Meter tief herab und war sofort tot.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Fensterputzer in Magdeburg

Seit Sonnabend, den 13. September, befinden sich die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Fensterputzer in Magdeburg im Streik, zwecks Erringung höherer Löhne. Die Unternehmer machen den Versuch, aus der Umgebung Streikbrecher heranzuziehen.

Wir warnen daher vor Zuzug nach Magdeburg, damit den dort kämpfenden Kollegen es gelingt, die Lohnerhöhung durchzusetzen.

Magdeburg ist daher für organisierte Kollegen gesperrt.

Arbeiter-Sport

Achtung, Kegler des Bezirks Mitteldeutschland!

Am 7. September tagte im „Volkspark" zu Halle eine außerordentliche Vollversammlung der Kegler-Vereinigung Halle und der ihr angeschlossenen auswärtigen Klubs. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Delegierten von der Vorkonferenz des zukünftigen Arbeiter-Kegler-Bundes; 2. Wahl der Delegierten zur Gründungskonferenz nach Berlin im Oktober. 3. Verschiedenes.

Nachdem die Versammlung den Bericht der Delegierten entgegengenommen und eine rege Diskussion stattgefunden hatte, wurden zu Punkt 2 der Tagsordnung die Delegierten gewählt. In Frage kamen sechs Delegierte. Davon wurden von Halle die Kegelbrüder Krei, Reinhardt, Manasse, Ludwig und von den auswärtigen Klubs der Kegelbruder Speck von Ammendorf und der Kegelbruder Dornack von Weißenfels gewählt.

Zu Punkt Verschiedenes wurde nach reger Aussprache und Vorschlägen ein provisorischer Bezirksvorstand gewählt. Dieser hat die Aufgabe, mit allen Kegelklubs im Bezirk Mitteldeutschlands, welche gewillt sind, dem zukünftigen AKB. beizutreten, sich in Verbindung zu setzen und die Bezirksorganisation zu gründen.

Der provisorische Bezirksvorstand setzt sich zusammen wie folgt: Vorsitzender: Kegelbruder Otto Krei, Hardenbergstr. 17, Hof; Schriftführer: Kegelbruder Kurt Engmann, Röderberg 11 III; Kassierer: Kegelbruder Paul Hampe, Triftstr. 13, Hof.

Wir ersuchen auf diesem Wege, alle Kegelklubs Mitteldeutschlands, welche gewillt sind, dem Bzirk beizutreten und mit uns gemeinsam den Arbeiter-Kegelsport aufzubauen, die Adresse des Vorsitzenden, Name und Mitgliederzahl des Klubs, schriftlich an den Kegelbruder Otto Krei, Hardenbergstr. 17, Hof, zu senden.

Für alle dem Bezirk angeschlossenen Klubs sei noch erwähnt, daß laut Vollversammlungsbeschluß ein Pflichtbeitrag von einer Mark zur Deckung der Reisespesen der Delegierten nach Berlin, bis 3. Oktober an den Kegelbruder Reinhardt, Merseburger Straße 46 IV, zu entrichten ist.

Auf guten Erfolg hoffend, zeichnet mit Keglergruß

„Frei Holz!"

Der Vorsitzende Otto Krei
I. A.: Kurt Engmann, Schriftführer.

Fichte, Halle (Trommlerkorps). Diejenigen Sportgenossen, welche im Besitz von Trommeln oder Pfeifen sind, werden ersucht, sich Donnerstag abend ½7 Uhr auf dem Platz einzufinden zwecks Uebungsstunde.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz. Mittwoch, abends 6 Uhr, Leichtathletik. Fußballabteilung: Donnerstag, abends 6 Uhr, Training, anschließend im „Rößl" Spartensitzung. Turnabteilung der Frauen: Donnerstag, abends 6 Uhr: Trommelball. Freitag, abends 7 bis 8 Uhr, Turnen für Kinder; 8 bis 10 Uhr für alle anderen Abteilungen.

Der Turnverein Jahn, Merseburg, sucht für Sonntag, den 21. September, und folgende Sonntage Gegner im Handball- und Faustballspiel. Spielangebote sind zu richten an Paul Mittag, Merseburg, Seffnerstraße 8.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil, für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0007
DFG

Leben · Wissen · Kunst

Belsazar — Leinert

Von Lönß

Die Mitternacht zog näher schon,
Herr Leinert saß auf hohem Thron.

Die „Genossen" saßen beim Glase Bier,
Der Leinert verschluckte bereits deren vier.

Im übrigen war der Ton sehr frei,
Nur schade, daß Haarmann nicht war dabei.

Der „Brüder" Nasen leuchten voll Glut,
Man trinkt sich beim Bier „proletarischen" Mut.

Das fünfte Glas riß den Leinert fort
Und er lästert die Bourgeois mit sündigem Wort.

Laut ruft er es in den Rathaussaal:
„Ich pfeif' drauf — demokratisch und deutschnational."

Doch kaum dies Wort aus der Kehle sich rang,
Das Herz ihm tief in die Hosen sprang.

Still ward's. Es verstummte die Claque.
In Esperanto klatscht es auf Leinerts Backe.

Herr Leinert ward aber in selbiger Nacht
Von den hohen Stadtvätern — abgedacht.

Doch war's nicht so schlimm wie bei Heinrich Heine,
Denn M. zwanzigtausend haben lange Beine.

Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht

Im Vipa-Verlag ist eine Broschüre von Felix Halle unter dieser Ueberschrift erschienen, in der in ausführlicher Weise auf diese Frage eingegangen wird. Die Schrift ist außerordentlich bemerkenswert, und jeder Kommunist sollte sie lesen. Wir bringen hier das besonders wichtige Kapitel **„Kein Geständniszwang"** zum Abdruck.

Von ganz besonderer Wichtigkeit für jeden einer strafbaren Handlung Beschuldigten ist es, zu wissen, daß nach dem geltenden bürgerlichen Strafprozeßrecht kein Beschuldigter oder Angeklagter zur Ablegung eines Geständnisses gezwungen werden darf. Das geltende Recht steht seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auf dem Standpunkt, daß es dem Beschuldigten überlassen bleibt, sich zu seiner Tat zu bekennen oder sie zu bestreiten. Die Beweislast ist im geltenden Strafprozeß so durchgeführt, daß es die Aufgabe der Staatsanwaltschaft und ihrer Hilfsorgane, der Polizei, ist, die Beweise gegen den Beschuldigten bzw. Angeklagten zu beschaffen. Es ist ein Recht des Beschuldigten bzw. Angeklagten, sich durch Vorbringung geeigneter Tatsachen von der Anklage zu entlasten, er kann aber zu keinem Geständnis gezwungen werden. Es ist ihm überlassen, ob er im Vorverfahren oder in der Hauptverhandlung reden oder schweigen will. Die hierauf bezüglichen Paragraphen der Strafprozeßordnung, die jeder politischer Arbeiter kennen muß, sind:

1. der § 136 der Strafprozeßordnung, der lautet:

„Bei Beginn der ersten Vernehmung soll dem Beschuldigten Gelegenheit zur Beseitigung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geltendmachung der zu seinen Gunsten sprechenden Tatsachen" geben.

Bei der ersten Vernehmung des Beschuldigten ist zugleich auf die Ermittlung seiner persönlichen Verhältnisse Bedacht zu nehmen."

2. der § 243, Absatz 3 der Strafprozeßordnung in der vom 1. April 1924 ab geltenden Fassung (vgl. Reichsgesetzblatt 1924, S. 347), der die Vernehmung des Angeklagten in der Hauptverhandlung regelt, lautet:

„Sodann erfolgt die weitere Vernehmung des Angeklagten nach Maßgabe des § 136."

Zu beachten ist auch der § 343 des Strafgesetzbuches, der die Anwendung von Zwangsmitteln zur Erpressung von Aussagen als Beamtenverbrechen bestraft. Der § 343 lautet:

„Ein Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft."

Diese Strafandrohung bezieht sich nicht nur auf richterliche Beamte und Staatsanwälte, sondern auch auf Polizeibeamte.

In allen Fällen einer Festnahme unter schwerer Anschuldigung gelten für das Verhalten bei der Vernehmung in noch höherem

Maße die Verhaltungs- und Vorsichtsmaßregeln, die wir S. 6/7 in den leichteren Fällen für das Verhalten eines Arbeiters, der wegen seiner politischen Tätigkeit verfolgt wird, vor der Polizei gegeben haben.

Im allgemeinen soll es die Grundregel bilden, daß vor der Polizei keine Aussagen zur Sache gemacht werden. Vor allem ist es völlig unzulässig, seine Unterschrift unter ein polizeiliches Protokoll zu setzen, ohne dasselbe gelesen zu haben. Grundregel soll überhaupt sein, daß jede Unterschrift unter ein Protokoll im Vorverfahren vor der Polizei — und wie wir auch sehen werden, vor dem Staatsanwalt und vor dem Richter — abgelehnt werden soll, es sei denn, daß aus dem Protokoll unzweideutig hervorgeht, daß die Behörde die Nichtschuld des Festgenommenen anerkennt und seine Freilassung verfügen will. Nach seiner Einlieferung bei der Polizei ist es die Pflicht des Genossen, darüber nachzudenken, wie er sich in einem späteren Verhör entlasten kann, ohne durch Benennung von Entlastungszeugen andere Genossen zu gefährden.

Der Genosse muß die Ueberzeugung haben, daß von draußen seitens seiner Freunde und der dazu berufenen Stellen alles geschehen wird, um ihm zu helfen. Er muß sofort den Versuch machen, seine Angehörigen und seine Freunde und die in der Einleitung genannten Stellen von seiner Festnahme zu benachrichtigen. Er darf sich darüber aber nicht wundern und nicht sofort in Verzweiflung geraten und die feste Haltung nicht verlieren, wenn er auf seine Versuche, mit den Freunden und Rechtsschutzstellen in Verbindung zu treten, zunächst keine Antwort erhält.

Die bürgerliche Untersuchungsbehörde hat ein Interesse, ihn als vermeintlichen Schuldigen zu überführen und ihn darum zu isolieren, d. h. ihn von seiner bisherigen Umwelt loszulösen und ihn ganz auf sich selbst zu stellen. Isolieren in diesem Sinne bedeutet „vereinzeln". Ein Kommunist darf sich nicht vereinzeln lassen, er muß auch im Isoliergewahrsam ein Glied des kämpfenden Proletariats bleiben.

Der Genosse muß sich darüber im klaren sein, daß in der Regel der verhaftete Genosse in seiner Zelle gar nicht oder doch nur von einem geringen Teil der Bemühungen Kenntnis erhält, die von draußen zu seiner Freilassung getroffen werden. Polizei, Staatsanwalt und Gerichte haben von ihrer Seite aus ein ausgeklügeltes System geschaffen, um den Verkehr des Beschuldigten mit der Außenwelt völlig zu überwachen. Diese Ueberwachung bedingt eine große Kontrollarbeit. Da die Zahl der Verhafteten eine sehr große ist, so sind die Kontrollbeamten zumeist überlastet und Briefe an die Gefangenen und Briefe von den Gefangenen, die bei ihnen zur Durchsicht eingehen, brauchen längere Zeit, um an ihren Bestimmungsort zu gelangen. Es sind Fälle nicht selten, in denen die Freunde und Angehörigen sofort die Verhaftung der proletarischen Rechtsschutzorganisation mitgeteilt haben und in denen den Gefangenen von dieser Stelle Verteidiger gestellt worden sind, dennoch hörten die Verhafteten wochenlang nichts von den Bemühungen, die in der Außenwelt bei den verschiedenen Behördenstellen zu ihrer Haftentlassung im Gange waren. In einem dieser Fälle, in denen der Verhaftete sich völlig im Stich gelassen fühlte und sich in seiner Verbitterung heftig beschwerte, waren seitens der verschiedenen Personen nicht weniger als 16 Schriftstücke (Briefe, Eingaben, Anträge usw.) angefertigt worden, von denen der Gefangene nicht die geringste Kenntnis hatte. Da der Fall zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörte, gab der örtliche Amtsrichter den Antrag auf Sprecherlaubnis für den Verteidiger nach Leipzig weiter. Die Sprecherlaubnis kam nicht, der Anwalt mahnte in Leipzig, endlich trifft die Sprecherlaubnis ein. Als der Anwalt ins Gefängnis kommt, ist der Gefangene bereits nach Leipzig abtransportiert. Aus diesem Beispiel müssen die Genossen lernen, daß kein Gefangener in der Lage ist, sich über dasjenige, was in der Außenwelt zu seinen Gunsten geschieht, ein richtiges Urteil zu bilden.

Der Gefangene muß sich vor allem davor hüten, durch das angenommene Versagen seiner Freunde oder der Parteistellen oder seines Anwaltes in einen Aerger zu geraten, der allmählich in Wut und Verzweiflung übergeht. Die zu Vernehmungen berufenen Beamten der Polizei, der Staatsanwaltschaft und die Untersuchungsrichter wissen derartige Stimmungen ausgezeichnet zuungunsten des Angeklagten auszunutzen.

Für die Genossen, die zum erstenmal unter einer schweren Anschuldigung ins Gefängnis kommen und die im politischen Leben noch nicht genügend gefestigt sind, besteht auch noch eine weitere Gefahr. Sie haben sich der proletarischen Revolution angeschlossen in der Hoffnung, gemeinsam mit ihren Klassengenossen ihre eigene Lebenslage zu verbessern. Revolutionäre Aktionen werden von den Beteiligten zumeist in der Vorstellung unternommen, daß diese Aktionen einen Teil des Endkampfes, des „letzten Gefechts" zur Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse bildet. Auf die gehobene Kampfstimmung folgt nun bei einer Niederlage und einer Inhaftnahme häufig eine seelische Depression. In der Einsamkeit der Zelle versucht der Genosse sich über seine neue Lebenslage Klarheit zu verschaffen. Er empfindet plötzlich, daß er von seinen Angehörigen getrennt ist. Die Arbeit für seine Familie in der Freiheit, selbst unter den unwürdigsten Bedingungen, die ihm vorher unerträglich war, erscheint ihm besser als die jetzige Situation, in der er unfähig ist, für seine Frau, seine Kinder oder für die hilfsbedürftigen Eltern zu sorgen. Diese Verzweiflung, diese, das ganze Denken des Untersuchungsgefangenen beherrschende Sehnsucht nach Freiheit und nach seiner Familie benutzen nun die vernehmenden Beamten, um den Betroffenen zu einem Geständnis zu bewegen, auf Grund dessen ihm oft jahrelang die Freiheit geraubt wird.

(Fortsetzung folgt.)

Verschwörer und Revolutionäre

36) Von Michael Kaniowski

— Und Sie nicht an Rußland! Rußland hat Gott geschaffen und nicht der Mensch und nicht für Menschen.

— Das sagen Sie, das ist Ihre Meinung!

— Nein! — erwiderte Pobiedonoscew. — Ich sage nichts. Ich höre. Rußland spricht. Und sagt — Tod. Im Grunde wissen Zelakoff und die Perowsia das auch — sie fürchten auch den Tod nicht. Wenn ich an Gott nicht glaubte, wäre ich vielleicht mit ihnen.

— Sie haben nicht das Recht — rief Worobieff.

Die Dame des Hauses versuchte, den Streit zu unterbrechen.

— Ist der Prozeß entschieden? — fragte sie.

— Der Zar hat das Urteil bereits unterzeichnet!

— Das ist durch Sie geschehen! — rief Worobieff dazwischen. — Sie werden das vor Rußland zu verantworten haben.

Pobiedonoscew nickte:

— Ich oder Sie! Ihr Galgen oder der meine. Das Blut aber soll auf Euch kommen, die ihr Wahrheiten aussäet. Bielinski, Tschernjschewski und ihr alle, die ihr Verstand, Freiheit und Wissenschaft predigt.

Er fing an, sich zu verabschieden. Worobieff zog seine Hand zurück.

— Ich kenne Sie nicht! — sprach er. — Sie sind mit Blut besudelt. Sie sind ein Verbrecher.

Pobiedonoscew wurde blaß.

— Ich — zischte er — ich bin nichts. Ich bin tot. Ich will nichts mehr für mich. Nur Rußland . . .

— Sprechen Sie nicht weiter — rief Worobieff — sonst gebe ich Ihnen eine Ohrfeige!

Die Damen warfen sich zwischen die beiden.

— Schicken Sie nach einem Arzt für ihn — sagte Pobiedonoscew zur Dame des Hauses.

— Sie sind im Unrecht! — wandte er sich noch einmal um. — Ich bete täglich für meine zukünftigen Mörder. Man wird mich hassen! Gott hat mir meinen Dienst befohlen.

Er trat an ein Heiligenbild und betete:

— Verzeiht mir, Ihr Mörder, daß ich Euch in Versuchung führe. Herr, erbarme Dich meiner.

Ich fühlte, daß der Ekel in mir aufstieg und mich zu ersticken drohte unter diesen Schwachsinnigen.

Ich benutzte den Wirrwarr und verließ das Haus.

Ich war schon ziemlich lange gegangen, als hinter mir eine mir bekannte Stimme sagte:

— Ein Spion verfolgt Sie schon seit mehreren Minuten. Vorhin waren es zwei. Hier ist eine Droschke. Steigen Sie ein. Sie erlauben, daß ich mitfahre.

Ich stieg ein. Das Pferd setzte sich in Bewegung.

Auf dem Bürgersteig lief Vogel und schrie:

— Halt! Halt! Zarenmörder! . . .

— Los! — sagte mein Begleiter — oder ich schieße . . . Der Kutscher drehte sich um und flüsterte:

— Ist nicht nötig, Herr! Wir verstehen es doch selber! Kriegst uns nicht ein, Du Hund! — drohte er nach dem Agenten und ließ das Pferd laufen.

Ich blickte meinem Retter ins Gesicht und erkannte den Inspektor und Schultat Kuzniezoff. Er war alt und sehr verändert.

— Erkennen Sie mich nicht? — sagte ich. — Erinnern Sie sich an Wronski, Michailoff . . . ich bin Kaniowski.

Sein Gesicht hellte sich auf. Ein Lächeln irrte über seine Züge.

— Was machen Ihre Kinder? — fragte ich.

— Tot! Vor einem Jahr das letzte . . . dann meine Frau! Ich habe niemanden mehr. Sie kommen mit zu mir . . .

— Nein — sagte ich. — Das könnte Sie viel kosten.

— Ist das wahr, was der da vorhin gerufen hat? — fragte er.

— Jawohl! — erwiderte ich.

— Wenn Sie ein wenig Mitleid mit mir haben — sprach Kuzniezoff. — Kommen Sie zu mir. Ich werde Ihnen dankbar sein! Unendlich dankbar!

Drei Tage blieb ich bei Kuzniezoff.

Sein Dasein war vollkommen einsam und traurig geworden. Er lebte nur noch von der Erinnerung an seine Frau und seine beiden Kinder. Als Rationalist erwartete er nichts mehr. Glaubte an kein Jenseits.

— Kann ich Euch nicht irgendwie dienlich sein? — sagte er einmal. — Ich bin 60 Jahre alt. Einige Jahre kann ich noch gut arbeiten. Wenn Ihr einen alten unglücklichen Menschen brauchen könnt . . .

Es war am Abend des Tages, an dem sie hingerichtet wurden. Ich konnte ihren Tod nicht mit ansehen. Der Platz war auch voller Agenten. Wir saßen beide ohne Licht. Stumm. Bis tief in die Nacht.

•

Ein böses Fieber hatte uns ergriffen.

Wir gingen aneinander vorbei, jeder von uns hatte vergiftete Wunden in der Seele, die er vor den andern zu verbergen suchte.

Immer öfter kamen Nachrichten von Selbstmorden. Wie ein tödlich verwundetes Tier suchte ein jeder sich zu verkriechen.

Eines Abends besuchte mich Wera Kochanowitsch. Sie war traurig und zu Tode ermüdet.

— Was ist Dir? Wolischok? — fragte ich mehrmals. Ich fürchtete, sie möchte der Bardina folgen, die sich erschossen hatte und mit der sie befreundet gewesen war. Erst beim Fortgehen sagte sie:

— Ich wohne jetzt mit Tichonoff zusammen!

Ich erzitterte. Das war die Lösung eines Dramas. Für Wera entsetzlich. Aber ich irrte; es war erst der Anfang.

— Warum hast Du das getan? Wolischok!

— Er hat sich zu sehr gequält — antwortete sie.

— Und Du?

— Ist es nicht egal? — wehrte sie mit der Hand ab.

Tichonoff war ein Arbeiter und Autodidakt. Er quälte Wera schon seit Jahren mit seiner Liebe. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, bekam die Sache einen bösen Anstrich. Tichonoff fühlte unwillkürlich, daß nicht nur Gleichgültigkeit, sondern auch der Widerwille einer Frau aus den höheren Schichten dem Bauern gegenüber auf Weras Seite eine Rolle spielten. Er selbst wollte es nicht aussprechen, aber es wurmte ihn innerlich.

So ging es zwei Jahre.

Und nun machte Wera seiner Qual ein Ende.

— Darf ein Mensch meinetwegen sich quälen? Was bin ich denn? Und sie begann sich selbst Vorwürfe zu machen, daß sie ihm gegenüber unehrlich wäre. Wäre er nicht so plump und bäuerisch, ich würde ihn lieben. Die harte Arbeit hat ihn aber so geformt, es ist nicht seine Schuld, sondern die meine, weil ich aus den Kreisen der reichen Ausbeuter stamme . . .

Ich sollte nach Paris fahren.

Die Regierung war an einen unserer Genossen, der im Gefängnis saß, herangetreten mit der Frage, unter welchen Bedingungen wir unsere Tätigkeit einschränken würden. In Paris sollte ein Bevollmächtigter der Regierung mit unseren Delegierten in Verhandlungen treten. Die Organisation hatte mich zum Delegierten bestimmt.

Vor meiner Abreise ging ich zu Wera und Tichonoff.

Sie war allein zu Hause.

In wenigen Tagen war sie alt geworden, mager und gebeugt. Sie schien krank zu sein.

— Fahr mit mir! Wolischok! — sagte ich.

— Ich bleibe hier!

Und sie wechselte schnell das Gespräch.

Sie erzählte, daß vor der Hinrichtung der Zerowsia und Zelaboffs die Arbeiter die Absicht gehabt hätten, sie zu befreien.

— Tichonoff stritt bis zuletzt mit mir, es wäre möglich gewesen — sagte sie.

In diesem Augenblick kam er herein.

Er sah entsetzlich elend aus — und unglücklich.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240917-12/fragment/page=0008